**Anlage 1 zu GRDrs 817/2016**

**Jobcenter Stuttgart**

**Geschäftsplan 2017**

**Inhalt:**

1. **Finanzplan**
   1. **Verwaltungskostenbudget**
   2. **Eingliederungsbudget**
2. **Transferleistungen**
3. **Stellenplan**

**1. Finanzplan**

**1.1 Verwaltungskostenbudget**



**Erläuterungen**

1. **Aufwendungen 2017**
2. Personalkosten

Die Personalkosten des Jobcenters werden sich in 2017 voraussichtlich auf 32.660.000 EUR belaufen. Diesem Ansatz liegen Personalkapazitäten von 468,77 Stellen und 52,97 Ermächtigungen (siehe Stellenplan) zu Grunde. Im Haushalt sind Personalaufwendungen von 34.255.217 EUR, somit höhere Aufwendungen von 1.595.218 EUR veranschlagt. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2016 und 2017 war von einem deutlich stärkeren Zugang von Flüchtlingen und damit von einem höheren Personalbedarf ausgegangen worden.

Unter Abzug der Personalkosten für das Projekt „Netzwerk zur Integration von Flüchtlingen in Arbeit“ (NIFA) und das Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“, die aus Projektmitteln des Bundes und des ESF und aus Zuschüssen des Landes finanziert werden, sowie sonstiger Ersätze (Erstattungen der gesetzlichen Krankenversicherung etc.) verbleiben Personalkosten von „netto“ 32.358.023 EUR.

Die Aufwendungen (Personal- und Sachkosten) für die 5,00 Ermächtigungen (Betriebsakquisiteure, Coach) für das ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter (GRDrs 425/2015) und die 15,00 Stellen für die Selbstvornahme von Eingliederungsmaßnahmen nach § 45 SGB III (GRDrs 1209/2015) werden aus ESF- und Eingliederungsmitteln des Bundes finanziert und daher im Eingliederungstitel veranschlagt.

1. Sachkosten

Für Sachkosten werden insgesamt 8.300.531 EUR veranschlagt. Im Haushalt sind 8.174.254 EUR eingeplant. Die Mehraufwendungen von 126.277 EUR ergeben sich durch die Berücksichtigung zusätzlicher Miet- und Nebenkosten für die Dienststellen der Abteilung Migration und Teilhabe (MuT).

Unter Abzug der Sachkostenersätze für das Projekt NIFA verbleiben Netto-Aufwendungen von 8.291.295 EUR.

1. Steuerungsumlage

Als Steuerungsumlage werden die anteiligen Kosten für den Verwaltungsbereich der LHS von 1.422.867 EUR angesetzt (entsprechend dem Ansatz im Haushaltsplan).

Die Verwaltungskosten des Jobcenters werden sich somit auf insgesamt 42.383.397 EUR belaufen. Unter Abzug der Personal- und Sachkostenersätze verbleiben „netto“ 42.072.185 EUR. Im Haushaltsplan sind 1.726.941 EUR höhere Ausgaben veranschlagt. Den geringeren Kosten steht allerdings auch eine geringere Erstattung des Bundes gegenüber.

1. **Abrechenbare Verwaltungskosten gemäß KoA-VV**

Entsprechend der Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift (KoA-VV) können mit dem Bund folgende Kosten abgerechnet werden:

Personalkosten des operativen Bereichs werden in tatsächlicher Höhe abgerechnet (Spitzabrechnung). Zu den Personalkosten zählen das Grundgehalt, Zuschläge, Zulagen und Sonderzahlungen sowie die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (§§ 10, 19 KoA-VV). Dem operativen Bereich werden die Mitarbeiter zugerechnet, die unmittelbar die Erbringung der passiven und aktiven Leistungen an die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ermöglichen sowie Mitarbeiter, die in den damit im Zusammenhang stehenden Leitungs- und Führungspositionen tätig sind. Für den operativen Bereich sind Personalkapazitäten von 463,99 Stellen/Ermächtigungen eingeplant. Die Abrechnung erfolgt auf Basis einer Vollzeitäquivalenten (VZÄ) von 439,78. Dabei wird davon ausgegangen, dass die neu geschaffenen Stellen im Laufe des Jahres sukzessive besetzt werden, weiterhin davon, dass unterjährig Stellenanteile im Umfang von insgesamt 10,00 Stellen (bei Personalwechsel, Arbeitszeitreduzierungen etc.) nicht besetzt sind. Die abrechenbaren Personalkosten belaufen sich damit auf 24.541.344 EUR.

Für die Personalnebenkosten wird je VZÄ von 1,00 ein Pauschalbetrag von bis zu 2.452 EUR/Jahr anerkannt (§§ 11, 20 KoA‑VV). Zu den Personalnebenkosten zählen Beihilfen und Beihilfeumlagen, Fürsorgeleistungen, Fahrkostenzuschüsse und Kosten der Fortbildung. Die abrechenbaren Kosten belaufen sich auf 1.074.665 EUR.

Für Versorgungsaufwendungen bei Beamtinnen und Beamten ist ein Zuschlag von bis zu 35 Prozent der abgerechneten Dienstaufwendungen zu berücksichtigen (§§ 12, 21 KoA-VV). Somit kann ein Versorgungszuschlag von 1.544.163 EUR angesetzt werden.

Für Personalgemeinkosten (Aufwendungen für den nicht-operativen Bereich, Steuerungsumlage) ist ein Zuschlag von bis zu 30 Prozent der abgerechneten und um die Arbeitgeberanteile der Sozialversicherung und Zusatzversorgung geminderten Personalkosten zu berücksichtigen (§§ 13, 22 KoA-VV). Dem nicht-operativen Bereich werden alle Mitarbeiter, deren Tätigkeit den über die unmittelbare Erbringung passiver und aktiver Leistungen hinausgehenden Querschnittsbereichen zuzuordnen ist, zugerechnet. Hierzu zählen insbesondere die Bereiche Personal und Organisation, Recht (Widerspruchsbearbeitung), EDV (IT-Service), Öffentlichkeitsarbeit, Controlling und Statistik sowie Haushalt und Finanzen. Für den nicht-operativen Bereich sind Personalkapazitäten von 52,85 Stellen/Ermächtigungen vorgesehen. Die abrechenbaren Personalgemeinkosten belaufen sich auf 5.996.865 EUR.

Für Sachkosten wird je VZÄ von 1,00 ein Pauschalbetrag von bis zu 12.217 EUR/Jahr anerkannt (§§ 14, 23 KoA-VV). Abrechenbar sind damit Sachkosten von 5.372.804 EUR.

Als sonstige Verwaltungskosten werden die Aufwendungen anerkannt, die durch die Beauftragung der Bundesagentur für Arbeit mit der Ausbildungsvermittlung entstehen (§§ 8 Abs. 4 Nr. 2, 25 KoA-VV). Hierfür werden 96.000 EUR angesetzt. Weiterhin die nicht zuwendungsfähigen Verwaltungskosten des ESF-Bundesprogramms für Langzeitarbeitslose in Höhe von 46.984 EUR.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu, so dass die Einnahmen die Ausgaben reduzieren (vgl. § 30 Abs. 4 KoA-VV). Für Erstattungen von Personal- und Sachkosten werden Einnahmen von 120.000 EUR veranschlagt.

Die abrechenbaren Verwaltungskosten werden sich damit voraussichtlich auf 38.552.824 EUR belaufen. Der Anteil des Bundes von 84,8 Prozent beträgt 32.692.795 EUR, der kommunale Finanzierungsanteil (KFA) von 15,2 Prozent beträgt 5.860.029EUR.

1. **Budget des Bundes**

Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 sind für die Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ohne Mittel für flüchtlingsbedingte Mehrbedarfe) Haushaltsmittel von 4,036 Mrd. EUR veranschlagt (Vorjahr: 4,041 Mrd. EUR). Nach einem Abzug von 29,4 Mio. EUR für zentrale Einbehalte für überregionale und regionale Sonderbedarfe, Statistikaufgaben der Bundesagentur für Arbeit etc. verbleiben rund 4,007 Mrd. EUR, die in Abhängigkeit von der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auf die Jobcenter verteilt werden. Das Jobcenter Stuttgart erhält hiervon einen Anteil von 0,6592 Prozent (Vorjahr: 0,6444 Prozent), somit voraussichtlich 26.414.915 EUR.

Gemäß Entwurf des Bundeshaushalts dürfen wie in den Vorjahren Ausgabereste in Höhe von bis zu 350 Mio. EUR (für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten) in Anspruch genommen werden. Das BMAS sieht vor, zusätzliche Mittel aus Ausgaberesten in Höhe von 300 Mio. EUR für die Verwaltungskosten (Vorjahr: 330 Mio. EUR) mit der Zuweisung der regulär veranschlagten Budgets auf die Jobcenter zu verteilen, so dass dem Jobcenter Stuttgart weitere 1.977.600 EUR zur Verfügung stünden.

Für die flüchtlingsinduzierten Mehrbedarfe beabsichtigt der Bund weitere 450 Mio. EUR zur Verfügung zu stellen (Vorjahr: 325 Mio. EUR), die nach einem gesonderten Maßstab verteilt werden. Mit einer ersten Tranche werden 90 Prozent der Mittel zum Jahresanfang zugewiesen, die Zuweisung der zweiten Tranche erfolgt im zweiten Quartal 2017. Geht man davon aus, dass die Verteilung der zweiten Tranche nach dem gleichen prozentualen Anteil erfolgt wie bei der ersten Tranche (0,7139 Prozent), hätte das Jobcenter Stuttgart 3.212.550 EUR zu erwarten.

Insgesamt würde sich das Budget somit auf 31.605.065 EUR belaufen (1.146.011 EUR mehr als im Vorjahr). Von diesem Betrag ist vorläufig auszugehen. Für die Feststellung des endgültigen Betrages ist das Ergebnis des parlamentarischen Verfahrens zum Bundeshaushalt 2017 sowie der Erlass der Eingliederungsmittel-Verordnung 2017 Ende 2016 abzuwarten.

Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel werden nicht ausreichen, den Anteil des Bundes an den Verwaltungskosten von 32.692.795 EUR zu decken. Zur Finanzierung des Bundesanteils wäre damit eine Umschichtung aus dem Eingliederungstitel von 1.087.730 EUR erforderlich (Plan 2016: 2.075.662 EUR).

1. **Kommunale Kosten**

Die Gesamtkosten der LHS Stuttgart werden sich voraussichtlich auf 9.379.390 EUR belaufen. Neben dem KFA von 5.860.029 EUR hat die LHS die nicht gedeckten bzw. abrechenbaren Kosten von 3.519.361 EUR zu tragen. Diese ergeben sich aus der Differenz der Verwaltungskosten „netto“ und den gemäß KoA‑VV abrechenbaren Kosten: Zum einen trägt die LHS Versorgungsaufwendungen in Höhe von rund 65 Prozent, wohingegen vom Bund lediglich 35 Prozent berücksichtigt werden, zum anderen ist die Sachkostenpauschale nicht ausreichend zur Deckung der laufenden Sachaufwendungen. Dem steht allerdings positiv gegenüber, dass die abrechenbaren Personalgemeinkosten über den damit abzugeltenden Kosten liegen. Die kommunalen Kosten (Nettoressourcenbedarf) werden damit um 300. EUR unter dem im Haushaltsplan veranschlagten Ergebnis von 9.680.157 EUR liegen.

**1.2 Eingliederungsbudget 2017**



# Einleitung

Die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit sind in den §§ 14 ff. SGB III geregelt. Neben § 16 SGB II, welcher die Anwendung ausgewählter Leistungen des SGB III eröffnet, regeln die §§ 16a-16h SGB II die Leistungen, die ausschließlich für erwerbsfähige Leistungsberechtigte zur Verfügung stehen.

Die genannten Leistungen können in individuelle Leistungen und in Maßnahmen, welche vom Jobcenter beschafft werden, differenziert werden.

Für die neu hinzugekommene Zielgruppe der Flüchtlinge sollen möglichst flüchtlings**un**spezifische Maßnahmen genutzt werden.

Das Jobcenter wird daher seine Maßnahmen, die in 2017 neu- bzw. wiederbeschafft werden, so ausgestalten, dass diese auch von Teilnehmenden mit geringen Deutschsprachkenntnissen genutzt werden können.

# A. Förderung aus dem Vermittlungsbudget (VB)

Leistungen aus dem Vermittlungsbudget gemäß § 44 SGB III können für alle Ausbildungsuchenden, von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitsuchenden und Arbeitslosen für die Anbahnung oder Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung erbracht werden, wenn dies für die berufliche Eingliederung notwendig ist.

Förderschwerpunkte für Leistungen aus dem Vermittlungsbudget sind die Kosten für Bewerbungen, Fahrtkosten zu Vorstellungsgesprächen, Pendelfahrtkosten, Umzugskosten und Kosten für doppelte Haushaltsführung, soweit diese durch eine Beschäftigungsaufnahme bedingt sind. Kosten für die Anschaffung von Arbeitsmitteln wie z. B. die Ausrüstung von Friseuren, die Beschaffung von Nachweisen und Zertifikaten, die Unterstützung der Persönlichkeit wie z. B. notwendige Arbeitskleidung sowie dem Erwerb eines Führerscheins oder Kraftfahrzeugs sind ebenfalls auf Nachweis erstattungsfähig.

Für diese individuellen Hilfen sind in 2017 542.982 EUR vorgesehen.

**B.+C. Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung**

Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung gemäß § 45 SGB III können sehr vielfältig ausgestaltet und auf individuelle Bedarfe „maßgeschneidert“ werden. Da neben aktivierenden Elementen auch die Qualifizierung und produktionsorientierte Tätigkeiten inhaltlich möglich sind, bieten diese weitaus mehr Gestaltungsraum für innovative, qualitativ hochwertige und individuell passgenaue Lösungen als beispielsweise Arbeitsgelegenheiten.

Das Jobcenter kann sowohl Maßnahmeträger in Vergabeverfahren unmittelbar mit der Durchführung von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung beauftragen als auch dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) per Ausgabe eines Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheins ermöglichen, eigeninitiativ geeignete Maßnahmen zu finden und in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus eröffnet der Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein (AVGS) eine deutlich flexiblere und auf den einzelnen eLb ausgerichtete Integrationsunterstützung.

Mit diesem Fördertyp wurden 2016 EGT-Mittel in Höhe von knapp 1.695.078 EUR für voraussichtlich 1.288 eingelöste Gutscheine verausgabt. In 2017 soll der Schwerpunkt der AVGS-Förderung im Bereich von Flüchtlingen, der begleitenden Beratung und Betreuung während Qualifizierungen und der niederschwelligen Begleitung von ELB mit vorwiegend psychosozialen Fragestellungen gesetzt werden.

Für Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sind einschließlich der Kosten für Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine in 2017 11.109.279 EUR vorgesehen.

**D. Einstiegsqualifizierung (EQ)**

Die Einstiegsqualifizierung gemäß § 54a SGB III ist eine 6- bis 12-monatige Einzelmaßnahme in Form eines Langzeitpraktikums bei einem Arbeitgeber.

Ziel ist es, ausbildungsuchenden Jugendlichen, die

* über eingeschränkte Vermittlungsperspektiven oder
* nicht über die erforderliche Ausbildungsreife verfügen oder
* lernbeeinträchtigt oder
* sozial benachteiligt sind,

die Möglichkeit zu bieten, in einem Ausbildungsbetrieb den gewünschten Ausbildungsberuf zu erproben und sich dabei zu bewähren.

Parallel zur betrieblichen Arbeit nimmt der Jugendliche auch am Unterricht in der Berufsschule teil. Auf diese Weise sollen im Laufe der EQ die Inhalte des ersten Ausbildungsjahres vermittelt werden. Im Idealfall wird der Jugendliche im Anschluss an die EQ in ein Ausbildungsverhältnis bei dem bisherigen Praktikumsbetrieb übernommen. Bei Vorliegen der Voraussetzungen kann die für die Ausbildung zuständige Kammer die Zeit des Praktikums anrechnen - der Jugendliche kann dann ggf. direkt in das zweite Ausbildungsjahr übernommen werden.

Arbeitgeber, die eine EQ anbieten, können durch Zuschüsse zur Vergütung der Jugendlichen gefördert werden.

Für die Einstiegsqualifizierung sind in 2017 83.321 EUR vorgesehen.

**E.** **Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) / Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)**

**Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)**

**Ziel und Inhalt:**

Im Rahmen der Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung (BaE) nach § 76 SGB III soll lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten jungen Menschen ein Ausbildungsabschluss ermöglicht werden. Es wird ein frühzeitiger Übergang in eine betriebliche Ausbildung - möglichst bereits nach dem ersten Ausbildungsjahr - angestrebt. Gelingt der Übergang nicht, wird die Ausbildung bis zum Abschluss außerbetrieblich fortgeführt. Die jungen Menschen schließen mit dem Träger der BaE einen Ausbildungsvertrag und erhalten eine Ausbildungsvergütung.

Die BaE wird in zwei unterschiedlichen Modellen durchgeführt:

1. Integratives Modell:  
   Beim integrativen Modell obliegt dem Bildungsträger sowohl die fachtheoretische als auch die fachpraktische Unterweisung, welche durch betriebliche Phasen ergänzt wird.
2. Kooperatives Modell:  
   Bei der BaE im kooperativen Modell findet die fachpraktische Unterweisung in Kooperationsbetrieben statt.

Das Jobcenter Stuttgart bietet seit 2014 nur noch BaE-Plätze in kooperativer Form an. Die Erfahrungen in den Vorjahren haben gezeigt, dass BaE-Plätze in integrativer Form teilweise nicht oder nur sehr schwer zu belegen sind, da hier bereits im Vorfeld die Entscheidung für die konkreten Ausbildungsgänge(Berufe) festgelegt werden müssen. Es gab Jahre, in denen die Berufswünsche, Interessen und Fähigkeiten der jungen Menschen, die für BaE integrativ in Frage kamen leider nicht zu den angebotenen Berufen gepasst haben.

Es stehen im Jahr 2017 insgesamt 314 BaE-Plätze zur Verfügung, von welchen voraussichtlich durchschnittlich 199 Plätze belegt sein werden. Die hohe Differenz begründet sich damit, dass sich die Gesamtzahl der Plätze auch aus BaE rekrutiert, welche in 2017 auslaufen werden.

Für BaE sind in 2017 insgesamt 1.265.976 EUR vorgesehen.

**Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)**

Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Auszubildende, die wegen in ihrer Person liegender Gründe ohne die Förderung eine Berufsausbildung oder Einstiegsqualifizierung nicht beginnen, fortsetzen oder erfolgreich beenden können, können nach § 75 SGB III gefördert werden.

Die Förderung unterstützt beispielsweise bei

* Lücken- und Lernschwierigkeiten in Fachtheorie und Fachpraxis / Vorbereitung auf Klassenarbeiten und Prüfungen
* Prüfungsangst und schlechte Noten
* Problemen mit der deutschen Sprache
* Probleme im sozialen und/oder familiären Umfeld

Ziele der Förderung sind die Ermöglichung eines erfolgreichen Berufsabschlusses oder der Absolvierung einer Einstiegsqualifizierung sowie die Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen.

Es stehen im Jahr 2017 insgesamt 50 abH-Plätze zur Verfügung, von welchen voraussichtlich durchschnittlich 20 Plätze belegt sein werden.

Für abH sind in 2017 insgesamt 72.325 EUR EUR vorgesehen.

**F. Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)**Hierunter fallen gemäß §§ 81 ff. SGB III die Förderungen von überbetrieblichen und betrieblichen Umschulungen sowie von Fortbildungsmaßnahmen.

Mit dem „Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenversicherungsschutz- und Weiterbildungsstärkungsgesetz –AWStG)“ wurde für bestimmte Fördersachverhalte ein „Prämiensystem“ geschaffen:

Seit 01.08.2016 erhalten ELB, die an einer nach § 81 SGB III geförderten beruflichen Weiterbildung teilnehmen, die zu einem Abschluss in einem Ausbildungsberuf führt, für den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist,

* nach Bestehen der Zwischenprüfung eine Prämie von 1 000 Euro und
* nach Bestehen der Abschlussprüfung eine Prämie von 1 500 Euro.

Das Jobcenter wird darauf hinwirken, dass durch diese Regelung mehr ELB zur Teilnahme an einer entsprechenden Leistung motiviert werden.

Ob diese Regelung auch zu einer höheren Absolventenquote führt, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass die Regelinstrumente gemäß §§ 81 ff. SGB III, welche bei vollqualifizierenden Weiterbildungen eine Verkürzung der Ausbildungszeit um 1/3 gegenüber der regulären Ausbildung voraussetzen, für einen Großteil der ELB zu hochschwellig sind. Ein Teil der Anbieter solcher Maßnahmen hat bereits auf diese Entwicklung reagiert und anschlussfähige Teilqualifizierungsangebote entwickelt, welche den Lernstoff in kleinere Module unterteilen. Der Abschluss eines Moduls wird jeweils mit einem für Arbeitgeber aussagekräftigen Zertifikat über die erworbenen Qualifikationen bestätigt. Nach Abschluss aller Module und dem Bestehen der entsprechenden Prüfungen bei den zuständigen Kammern kann ein entsprechender Berufsabschluss erworben werden. Diese Angebote müssen weiter dem Bedarf der ELB entsprechend ausgebaut werden.

**Überbetriebliche Umschulungen**   
  
Überbetriebliche Umschulungen - auch Teilzeitumschulungen oder modulare Ausbildung - sind im Wesentlichen in den Branchen Pflege, Logistik, Gastronomie und Wach- und Sicherheitsgewerbe geplant. Da sich bereits die reinen Qualifizierungskosten für eine 2-jährige überbetriebliche Umschulung auf 10.000,- bis 15.000,- EUR belaufen, ist eine Förderzusage neben der fachlichen Abklärung durch die interne Fachberatung auch von einer begründeten prognostischen Einschätzung bzgl. des Umschulungserfolgs durch die persönliche Ansprechpartnerin /den persönlichen Ansprechpartner (pAp), ggf. unterstützt durch den medizinisch psychologischen Dienst des Jobcenters, abhängig.

**Betriebliche Umschulungen**   
  
In diesem Segment wird nach individueller Einschätzung der pAp gefördert. Da außer der eventuellen Übernahme von Fahrtkosten im Regelfall keine weiteren Kosten anfallen, ist die Kostenbelastung gering. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und der erheblich höheren Integrationswahrscheinlichkeit hat die Förderung von betrieblicher Umschulung Vorrang vor überbetrieblicher Umschulung.

**Berufliche Fortbildung**

Die Palette der Förderungen im Rahmen des Bildungsgutscheinverfahrens deckt ein immer größeres fachliches Spektrum ab. Neben den klassischen Förderschwerpunkten in den Berufsfeldern Lager, Logistik oder Handel, werden zunehmend auch Qualifizierungen in sozialen und medizinischen Berufen angeboten, was auf die stetig zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften zurückzuführen ist. Darüber hinaus erfolgt die Förderung der Kenntnisvermittlung in den Bereichen Wach- und Sicherheitsgewerbe, Einzelhandel sowie in spezialisierten EDV-Anwendungen. Vereinzelt werden auch sehr spezialisierte handwerkliche Kenntnisse wie beispielsweise Schweißkenntnisse vermittelt.   
Besondere Erwähnung verdienen auch die Bemühungen, Arbeitsuchende mit Migrationshintergrund mit spezialisierten Qualifikationsangeboten ergänzt um berufsfachliche Sprachinhalte zu fördern. Hier können beispielhaft die Angebote „kultursensible Pflege“ oder „Fachlagerist mit Fach-Deutsch“ genannt werden.

Von 2010 bis 2015 sind bundesweit die Ausgaben der Jobcenter für FbW von 923 Mio. EUR auf 566 Mio. EUR (-39 %) gesunken. Beim Jobcenter Stuttgart sind die Ausgaben für FbW von 2012 bis 2016 von 1,9 Mio. EUR auf 2,8 Mio. EUR (+46 %) gestiegen und sollen in 2017 nochmals um 10 % auf 3,1 Mio. EUR gesteigert werden, um den steigenden Bedarfen, insbesondere hinsichtlich der (Anpassungs-) Qualifizierung von Flüchtlingen, gerecht zu werden.

**G. Eingliederungszuschüsse (EGZ)**

Arbeitgeber können gemäß §§ 88 ff. SGB III bei der Einstellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in versicherungspflichtige Beschäftigungen Zuschüsse zum Arbeitsentgelt (EGZ) erhalten. Die Voraussetzung hierfür ist, dass die Vermittlung der Leistungsberechtigten wegen in ihrer Person liegender Gründe erschwert ist und daher im Vergleich zu anderen Bewerberinnen und Bewerbern eine sogenannte Minderleistung vorliegt. Die Ursachen hierfür sind beispielsweise in mangelnder Kinderbetreuung oder Mobilität, fehlender Qualifikation und Berufserfahrung, Arbeitsentwöhnung, Überschuldung, gesundheitlichen Einschränkungen oder Suchterkrankungen begründet.

Dabei ist vor jeder Förderung zu prüfen, ob und in welcher Form sich diese individuellen Problemstellungen auf die konkret angestrebte Tätigkeit auswirken.

Neben den vorgenannten Gründen sind auch das Alter oder eine vorliegende (Schwer-)Behinderung für die mögliche Förderhöhe und -dauer entscheidend. An die Gewährung von EGZ sind in der Regel gewisse Bedingungen für den Arbeitgeber geknüpft, u. a. müssen die EGZ-Geförderten nach Ablauf der Förderung für einen gewissen Zeitraum ungefördert weiterbeschäftigt werden, um Mitnahmeeffekte auszuschließen (Nachbeschäftigungszeit).

Im Jahr 2017 sind im Jobcenter Stuttgart 1.586.146 EUR für Eingliederungszuschüsse vorgesehen. Es wird davon ausgegangen, dass ein Teil der Flüchtlinge unmittelbar in Arbeit vermittelt werden kann.

**H. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (LTA – „Berufliche Rehabilitation“)**

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sind Förderungen für Menschen, die behinderungsbedingt

* ihre Tätigkeit in einer abgeschlossenen, anerkannten Berufsausbildung nicht mehr ausüben können,
* ihre Tätigkeit in einer angelernten, mindestens 5 Jahre währenden Tätigkeit nicht mehr ausüben können,
* nie eine abgeschlossene, anerkannte Berufsausbildung erwerben konnten,
* erwerbsunfähig würden

und bei denen durch die LTA mit dem Erhalt oder der Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zu rechnen ist.

Unterschieden wird grundsätzlich in Ersteingliederung (ELB war weniger als 6 Monate erwerbstätig) und Wiedereingliederung.

Als Leistungsarten kommen zum Beispiel Praktika bei Arbeitgebern, Eingliederungszuschüsse, Qualifizierungen im Rahmen einer FbW oder in Berufsbildungs- bzw. -förderungswerken sowie der Eingangs- und Berufsbildungsbereich von Werkstätten für behinderte Menschen in Betracht. Welche Leistung in welchem Umfang bei Vorliegen der Voraussetzungen erbracht wird, hängt von der Behinderung, Motivation, Eignung und dem Alter ab.

Das Jobcenter Stuttgart kann innerhalb seines gesetzlichen Handlungsrahmens nicht als Rehabilitationsträger tätig werden. Die Agentur für Arbeit ist gemäß § 6a SGB IX Rehabilitationsträger für behinderte erwerbsfähige Leistungsberechtigte, sofern nicht ein anderer Rehabilitationsträger zuständig ist. Bei den SGB II-Beziehenden, bei denen die Agentur für Arbeit Rehabilitationsträger ist, trägt das Jobcenter in nahezu allen Fällen der Wiedereingliederung die Kosten. Die Höhe der Ausgaben kann daher nur mittelbar beeinflusst werden.

Die Aufgabe des Jobcenters ist, ELB, die möglichweise einen LTA-Anspruch haben, zu identifizieren. Das hierfür erforderliche Fachwissen und die entsprechenden Kompetenzen können nicht innerhalb des Regelgeschäfts des Jobcenters abgebildet werden. Das Thema wird deshalb von Spezialisten im Rahmen der Eigenvornahme bearbeitet.

Ein Anspruch auf LTA kann außerdem von vielen (schwer-)behinderten ELB wegen der oftmals vorliegenden komplexen psychosozialen Problemstellungen nicht realisiert werden. In diesen Fällen ist eine intensive vorbereitende Begleitung notwendig, da dies in der Regel von den Rehabilitationsträgern, welche sonst nur sehr arbeitsmarktnahe Rehabilitanden betreuen, nicht geleistet wird.

Zur Abklärung eines möglichen „Reha“-Bedarfs, zur Herstellung der „Reha“-Fähigkeit und zur Sicherstellung einer erfolgreichen Teilnahme an der „Reha“-Leistung führt das Jobcenter Stuttgart voraussichtlich ab 2017 die Maßnahme „Aktivierung, Beratung, Coaching von (Schwer-)Behinderten und Anspruchsberechtigter auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben“ in Eigenvornahme durch (s. Punkt P. Netzwerk ABC (Aktivierung, Beratung, Chancen).

Für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sind im Jobcenter Stuttgart für 2017 583.668 EUR eingeplant. Die Erwartung an die o.g. Eigenvornahme ist, mehr erwerbsfähige Leistungsberechtigte in LTA zu vermitteln, was die Kosten entsprechend steigern würde.

**I. Assistierte Ausbildung (AsA)**

Die Assistierte Ausbildung gemäß § 130 SGB III ist so ausgestaltet, dass neben einer Vorbereitungsphase zur Herstellung der Ausbildungsreife und der Vermittlung in einen Ausbildungsplatz auch die Begleitung der Ausbildung möglichst ist, welche - falls notwendig - über die gesamte Ausbildungszeit angeboten werden kann. Damit können auch Zielgruppen erreicht werden, die bisher für eine unbegleitete Ausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schwach waren.

Allerdings sind die möglichen Zielgruppen in § 130 SGB III abschließend definiert. Dies sind insbesondere EU-Bürger,

* die sich noch nicht fünf Jahre in Deutschland aufhalten und arbeiten bzw. gearbeitet haben
* oder als Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis haben und sich noch nicht fünf Jahre in Deutschland aufhalten und in dieser Zeit nicht gearbeitet haben oder deren Eltern noch keine drei Jahre gearbeitet haben.

Die vom Jobcenter bereits in 2015 beschaffte Maßnahme „Assistierte Berufsausbildung“ wurde daher so ausgestaltet, dass auch Personen der o.g. Zielgruppen, welche die Voraussetzungen des § 16f Abs. 2 S. 4 SGB II erfüllen, in die Maßnahme zugewiesen werden können. Dies eröffnet bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen auch Flüchtlingen die Möglichkeit, mit diesem Instrument gefördert zu werden.

Für die Assistierte Ausbildung sind in 2017 146.741 EUR vorgesehen.

**J. Einstiegsgeld (ESG)**

Zur Überwindung von Hilfebedürftigkeit kann gemäß § 16b SGB II arbeitslosen ELB bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit für die Dauer von bis zu 24 Monaten Einstiegsgeld bewilligt werden, wenn dies zur Eingliederung erforderlich ist. Die Bemessung des ESG ist von der vorherigen Dauer der Arbeitslosigkeit sowie der Größe der Bedarfsgemeinschaft abhängig.

Ziel des ESG ist es, einen Anreiz für Arbeitslose zu schaffen, auch gering entlohnte Beschäftigungen bzw. Beschäftigungen, welche von den Rahmenbedingungen nicht der vorherigen Tätigkeit entsprechen, aufzunehmen.

Seit 2016 wird dieses Instrument auch im Rahmen des „ESF-Bundesprogramms zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt“ eingesetzt. Bei potentiellen Teilnehmer/-innen können oft wegen der langen Arbeitslosigkeit Unsicherheiten bestehen, ob eine solche Beschäftigung geleistet werden kann. Dies kann tendenziell zu einer ablehnenden Haltung gegenüber der Teilnahme am Bundesprogramm führen. Oder es bestehen Erwartungen an die anzustrebende Stelle, welche sich mit dem eigenen Stellenprofil nicht (mehr) decken.

Hier kann das ESG einen entsprechenden zusätzlichen Anreiz für die Aufnahme einer entsprechend geförderten Beschäftigung schaffen.

Für Einstiegsgeld sind in 2017 212.017 EUR vorgesehen.

# K. Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen

Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen gemäß § 16c SGB II können an Leistungsberechtigte, die eine selbständige, hauptberufliche Tätigkeit aufnehmen oder ausüben, per Darlehen und Zuschüssen für die Beschaffung von Sachgütern, die für die Ausübung der selbständigen Tätigkeit notwendig und angemessen sind, erbracht werden („Einzelleistungen“).

Außerdem kann die Beratung oder Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten von Leistungsberechtigten, die eine selbständige, hauptberufliche Tätigkeit ausüben, finanziert werden („Maßnahmen“).

Die Förderung gemäß § 16c SGB II ist nur dann möglich, wenn zu erwarten ist, dass die selbständige Tätigkeit wirtschaftlich tragfähig ist und die Hilfebedürftigkeit durch die selbständige Tätigkeit innerhalb eines angemessenen Zeitraums dauerhaft überwunden oder verringert wird.

Das Jobcenter hat derzeit folgende Maßnahmen für Selbständige, welche von der Fachstelle für Selbständige genutzt werden und die primär die Optimierung der Unternehmensführung zum Ziel haben, im Portfolio:

* „Coaching und Wirtschaftlichkeitsprüfung“
* „Expertenbegehung“

Für die Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen sind in 2017 insgesamt 406.441 EUR vorgesehen.

**L. Arbeitsgelegenheiten (AGH)**

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte können zur Erhaltung oder Wiedererlangung ihrer Beschäftigungsfähigkeit, die für ihre Eingliederung in Arbeit erforderlich ist, in Arbeitsgelegenheiten zugewiesen werden, wenn die darin verrichteten Arbeiten im öffentlichen Interesse liegen, zusätzlich und wettbewerbsneutral sind.

Obwohl die Belegung der AGH-Plätze in 2016 rückläufig war, wird das Jobcenter Stuttgart im Jahr 2017 in einem angemessenen und bedarfsgerechten Umfang Arbeitsgelegenheiten für die beschriebene Zielgruppe fördern.

Im Folgenden soll kurz dargestellt werden, weshalb die Nachfrage gesunken ist:

* Gemäß § 16d Abs. 5 SGB II haben Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach dem SGB II und dem SGB III, mit denen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt unmittelbar unterstützt werden kann, Vorrang gegenüber der Zuweisung in Arbeitsgelegenheiten (AGH sind die „ultima ratio“).
* Mit der Einrichtung des „ESF-Bundesprogramms zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt“ und dem „Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ hat sich die AGH-Belegung weiter reduziert, da sich die Zielgruppen und Zielsetzungen überschneiden und die mit den Bundesprogrammen verbundenen Stundenlöhne von mindestens 8,50 EUR attraktiver sind. Aus diversen AGH-Einsatzbereichen wurden AGH-Teilnehmende in das „Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ bei denselben Trägern übernommen, was zu einer weiteren Reduzierung der Belegung geführt hat.

Mit dem „Neunten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch ‒ Rechtsvereinfachung sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht“ ist es seit 01.08.2016 möglich, die seit 01.04.2012 auf 2-in-5-Jahren begrenzte Zuweisungsdauer in AGH um weitere 12 Monate zu verlängern, was den sinkenden Trend in der Belegung reduzieren dürfte.

Weiterhin ist es seit der Rechtsänderung wieder möglich, die zum 31.03.2012 abgeschaffte sozialpädagogische Begleitung von AGH, welche in der Zwischenzeit durch den Einsatz von kommunalen Mitteln sichergestellt wurde, über den Eingliederungstitel zu finanzieren. Der kommunale Haushalt wird somit um bis zu 700.800 EUR pro Jahr entlastet.

Da zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsplanes das AGH-Antragsverfahren für 2017 noch nicht abgeschlossen war, sind die Platzzahlen und die Kosten nicht bekannt. Zur Orientierung wird von den in 2016 vorliegenden Werten ausgegangen.

Die Förderung der AGH-Plätze gemäß § 16d SGB II wird in 2017 im Umfang von 595 Plätzen angeboten. Neu hinzu gekommen sind seit 01.07.2016 spezielle Plätze für Suchterkrankte, da bei dieser Zielgruppe die Mehraufwandsentschädigung einen gewissen Anreiz für die Mitwirkung bieten soll.

Das sozialintegrative Beschäftigungsangebot „Café Nachbar“ der sbr wird auch 2017 in der kommunalen Förderung fortgeführt.

Für die Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante sind 2017 insgesamt 2.608.388 EUR vorgesehen.

# M. Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV)

Mit den „Leistungen zur Beschäftigungsförderung“ („BEZ“) nach § 16e SGB II wurde im Jahr 2007 ein Instrument für Langzeitarbeitslose eingeführt, das die unbefristete Förderung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ermöglichte.

Der Arbeitgeber konnte neben einem Zuschuss zum Arbeitsentgelt von bis zu 75 % auch Kosten für eine begleitende Qualifizierung und einmalig Kosten für einen besonderen Aufwand beim Aufbau von Beschäftigungsmöglichkeiten geltend machen.

Förderfähig waren langzeitarbeitslose Leistungsberechtigte, die in ihren Erwerbsmöglichkeiten durch mindestens zwei weitere in ihrer Person liegenden Vermittlungshemmnisse besonders schwer beeinträchtigt waren, vor der Förderentscheidung ein halbes Jahr intensiv vermittlerisch bei ihren Integrationsbemühungen unterstützt wurden und bei denen eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich für 24 Monate nicht realistisch erschien.

Nach Ablauf des ersten Förderzeitraumes wurde auf Grund einer weiteren Eingliederungsprognose entschieden, ob die Fördervoraussetzungen weiterhin vorliegen. In diesen Fällen wurde der BEZ unbefristet gewährt.

Mit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ wurde die Regelung des BEZ zum 01.04.2012 durch die „Förderung von Arbeitsverhältnissen“ („FAV“) nach § 16e SGB II neuer Fassung ersetzt. Die im Rahmen des BEZ noch laufenden Dauerförderfälle werden außerhalb des klassischen EGT über eine Sonderzuweisung des Bundes weiter finanziert.

Die Voraussetzungen für die Zielgruppe und die maximale Förderhöhe von 75 % wurden bei FAV beibehalten, die Förderdauer jedoch auf höchstens 24 Monate begrenzt.

Ebenfalls unter die Rechtsgrundlage des § 16e SGB II n.F. fallen die Förderungen im Rahmen des Landesarbeitsmarktprogramms „Passiv-Aktiv-Transfer“ (PAT), welches bis 31.12.2016 befristet ist. Nach aktuellem Stand sollen erst im Februar 2017 weitere Mittel beschlossen werden. Die Weiterführung dieses in Stuttgart sehr erfolgreichen Programmes ist daher, insbesondere hinsichtlich der Größenordnung, offen. Entsprechende Mittel werden somit im Geschäftsplan nicht verplant, können aber bei Bedarf bereitgestellt werden.

Mit dem „Neunten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch ‒ Rechtsvereinfachung sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht“ ist es seit 01.08.2016 möglich, dem Arbeitgeber während der Förderung des Arbeitsverhältnisses die erforderlichen Kosten einer notwendigen sozialpädagogischen Betreuung zu erstatten. Ob und in welchem Umfang diese Leistung notwendig ist und von den Arbeitgebern in Anspruch genommen wird, ist derzeit noch nicht absehbar.

Auch bei FAV ist zu beobachten, dass sich das „ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt“ und das „ESF-Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ wegen der sich überschneidenden Zielgruppen und Zielsetzungen auf die Nachfrage nach FAV-Förderungen auswirken

Für die Förderung von Arbeitsverhältnissen sind daher für 2017 noch 498.068 EUR vorgesehen.

# N. Freie Förderung

Mit der Freien Förderung nach § 16f SGB II können die Möglichkeiten aller anderen gesetzlich geregelten Eingliederungsleistungen durch freie Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erweitert werden, wenn diese den Zielen und Grundsätzen des SGB II entsprechen. Eine Kombination oder Modularisierung von Inhalten ist zulässig, wobei die Freie Förderung gesetzliche Leistungen nicht umgehen oder aufstocken darf.

Vom Aufstockungs- und Umgehungsverbot ausgenommen sind die Personenkreise

* der Langzeitarbeitslosen und
* der Leistungsberechtigten unter 25 Jahren, deren berufliche Eingliederung auf Grund von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen besonders erschwert ist

und bei denen in einer Zeit von in der Regel sechs Monaten nicht mit Aussicht auf Erfolg auf andere Eingliederungsleistungen des SGB II und SGB III zurückgegriffen werden kann.

Seit der Instrumentenreform 2012 sind durch die Weiterentwicklung der Handlungsempfehlungen des BMAS und der Ministerien der über die zkT aufsichtführenden Länder die Anwendungsmöglichkeiten der Regelinstrumente erweitert worden. Im Maßnahmekontext ist § 45 SGB III mittlerweile für viele Ziele und Inhalte einsetzbar, weswegen die Bedeutung des § 16f SGB II zurückgegangen ist.

Neben der unter Punkt „I. Assistierte Ausbildung (AsA)“ beschriebenen Maßnahme „Assistierte Berufsausbildung“ für die Zielgruppen, die nicht die Voraussetzungen des § 130 SGB III erfüllen und daher bei Vorliegen der Voraussetzungen über § 16f Abs. 2 S. 4 SGB II finanziert werden, besteht derzeit nur noch bei der ESF-Maßnahme „Su+Ber“ die Fördernotwendigkeit des § 16f SGB II.

Diese ESF-Maßnahme wird im Landesprogramm „Förderung der nachhaltigen Wiedereingliederung langzeitarbeitsloser Abhängigkeitskranker in den Arbeitsmarkt nach der Rahmenkonzeption der Landesstelle für Suchtfragen Baden-Württemberg“ (NaWiSu) gefördert und vom Jobcenter auch in 2017 kofinanziert.

Für die Assistierte Berufsausbildung, „Su+Ber“ und die verbleibenden Einzelfallhilfen werden in 2017 vsl. 143.395 EUR eingesetzt.

# O. Förderung schwer zu erreichender junger Menschen

Mit dem „Neunten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch ‒ Rechtsvereinfachung sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht“ wurde zum 01.08.2016 das Instrument „Förderung schwer zu erreichender junger Menschen“ gemäß

§ 16h SGB II neu geschaffen.

Für Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können Leistungen mit dem Ziel erbracht werden, die aufgrund der individuellen Situation der Leistungsberechtigten bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden,

* eine schulische, ausbildungsbezogene oder berufliche Qualifikation abzuschließen oder anders ins Arbeitsleben einzumünden und
* Sozialleistungen zu beantragen oder anzunehmen.

Die Förderung umfasst zusätzliche Betreuungs- und Unterstützungsleistungen mit dem Ziel, dass

* Leistungen des SGB II in Anspruch genommen, erforderliche therapeutische Behandlungen eingeleitet werden und
* an Regelangebote des SGB II zur Aktivierung und Stabilisierung und eine frühzeitige intensive berufsorientierte Förderung herangeführt wird.

Die Leistungen des § 16h SGB II können erbracht werden, wenn die Voraussetzungen der Leistungsberechtigung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorliegen oder zu erwarten sind oder eine Leistungsberechtigung dem Grunde nach besteht. Eine fehlende Antragstellung der leistungsberechtigten Person steht dem nicht entgegen.

Über die Leistungserbringung müssen sich das Jobcenter und das Jugendamt abstimmen.

Für die Förderung schwer zu erreichender junger Menschen werden in 2017 vsl. 100.000 EUR modellhaft eingesetzt.

# P. Netzwerk ABC (Aktivierung, Beratung, Chancen)

Im Rahmen der seit 2014 laufenden Programmoffensive des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) sollen künftig „Netzwerke Aktivierung, Beratung, Chancen“ (bisheriger Arbeitstitel: „Aktivierungszentren“) in das Regelgeschäft der Jobcenter implementiert werden, um laut BMAS durch verbesserte Betreuungsrelationen und gut qualifizierte Fachkräfte die nötige Zeit und das Know-how für die Vermittlung bereitzustellen.

Ziel der „Netzwerke Aktivierung, Beratung, Chancen“ ist es, die Menschen mit ihren individuellen Problemlagen, Stärken und Schwächen noch besser kennenzulernen (Profiling) und ihnen dann geeignete Angebote machen zu können. Hierbei soll das gesamte Instrumentarium an Eingliederungs- und Förderleistungen des SGB II zur Verfügung stehen.

Um diesen Impuls zu verstärken, sollen die Jobcenter Unterstützung bei der Einrichtung der „Netzwerke Aktivierung, Beratung, Chancen“ erhalten. Dort sollen Leistungsberechtigte gebündelte Unterstützungsleistungen erhalten, mit denen soziale, psychische und gesundheitliche Vermittlungshemmnisse ebenso wie fehlende Schul- oder Berufsabschlüsse beziehungsweise Grundbildungsdefizite angegangen werden. Auch soll dort gezielt an einer größeren Motivierung und besseren Kompetenzen zur Bewältigung von Alltagsherausforderungen gearbeitet werden. Dies schließt die Unterstützungsleistungen aller örtlichen Akteure ein.

Die „Netzwerke Aktivierung, Beratung, Chancen“ sollten laut BMAS im Laufe des Jahres 2015 schrittweise vorbereitet und eingerichtet werden und Anfang 2016 vollständig arbeitsfähig sein.

Das Jobcenter Stuttgart hat in diesem Zusammenhang im Januar 2016 eine Trägerzulassung gemäß § 178 SGB III erworben, um im Rahmen der „Netzwerke Aktivierung, Beratung, Chancen“ künftig für bestimmte Zielgruppen und Zielsetzungen bedarfsgerecht und unbürokratisch Maßnahmen in Eigenvornahme durchführen zu können.

Die benötigten Personalkapazitäten können durch die Trägerzulassung über den EGT finanziert werden, soweit diese von den regulären pAp-Tätigkeiten (hoheitliches Handeln) abgrenzbar sind. „Hoheitliches Handeln“ bedeutet, dass in der die Eigenvornahme erbringenden Stelle keine Hoheitsakte (z.B. Erlass von Bescheiden, Abschluss von Eingliederungsvereinbarungen, Belehrung über Rechtsfolgen, Zuweisung in Maßnahmen) vollzogen werden dürfen. Dies ist den persönlichen Ansprechpartner/-innen vorbehalten, weswegen eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Personengruppen notwendig ist.

Die Beschaffung der Leistung im Innenverhältnis Jobcenter – Maßnahmeträger erfolgt im Rahmen einer Inhouse-Vergabe.

Geplant war, die Eigenvornahme bereits vollständig in 2016 einzurichten. Wegen der fehlenden räumlichen Kapazitäten war dies bisher nicht möglich. Die Eigenvornahme wird nun in die neu geschaffene Abteilung „Migration und Teilhabe“ integriert und soll - soweit die räumlichen Kapazitäten vorhanden sind - in 2017 starten.

Folgende Schwerpunkte sind zunächst vorgesehen:

1. **„Aktivierung, Beratung, Coaching von erwerbsfähigen leistungsberechtigten Flüchtlingen"**
2. **„AmigA– Arbeitsförderung mit gesundheitsbezogener Ausrichtung"**
3. **„Aktivierung, Beratung, Coaching von (Schwer-)Behinderten und Anspruchsberechtigter auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben“**

**Zu 1.:**

Viele Flüchtlinge haben vor einer erfolgreichen Arbeitsmarktintegration teils erheblichen Qualifizierungsbedarf. Außerdem muss damit gerechnet werden, dass viele Flüchtlinge durch Kriegs- und Fluchterfahrungen traumatisiert sind und entsprechende Angebote und Unterstützung benötigen.

In der Eigenvornahme können flexibel und in kurzer Zeit Maßnahmen eingerichtet werden, die die Integrationsstrategie der persönlichen Ansprechpartner/-innen, z.B. im Rahmen von Einzelcoachings der Leistungsberechtigten, in enger Abstimmung flankierend begleiten. Damit wird den unterschiedlichen Bedarfen und Bildungs- und Ausbildungsniveaus entsprochen.

Das Jobcenter wird bei der Ausgestaltung und Umsetzung der Angebote und Maßnahmen die Anschlussfähigkeit an die lokale Unterstützungsstruktur berücksichtigen und diese für Leistungsberechtigte mit den Instrumenten des SGB II ergänzen.

Die in der Eigenvornahme eingesetzten Coaches unterstützen die Flüchtlinge im Setting des Einzelcoachings. Hierfür wurde ein Betreuungsschlüssel von 1:50 festgelegt. Nach einer detaillierten Analyse der persönlichen, fachlichen, sozialen und methodischen Kompetenzen werden die Flüchtlinge integrations- und arbeitsmarktbezogen aktiviert, beraten und gecoacht. Die Coaches schlagen den zuständigen pAp ggf. die Vermittlung in weiterführende migrationsspezifische bzw. migrationsunspezifische Angebote und Maßnahmen vor.

Die Eigenvornahme wird externe Angebote nicht ersetzen, sondern die Zusteuerung dahin optimieren. Dabei übernimmt die Eigenvornahmemaßnahme unter anderem eine Clearingfunktion und unterstützt die passgenaue Zusteuerung in weitere Angebote.

**Zu 2.:**

"AmigA – Arbeitsförderung mit gesundheitsbezogener Ausrichtung" ist ein ganzheitliches beschäftigungsorientiertes Fallmanagementprojekt, welches anlässlich der Teilnahme des Jobcenters am Bundesprogramm „Perspektive 50plus“ eingerichtet wurde.

Mit „AmigA“ sollen die Integrationsfähigkeit und die Gesundheit von über 25-jährigen Leistungsberechtigten mit vermittlungsrelevanten gesundheitlichen und / oder psychosozialen Einschränkungen verbessert werden, damit sie nachhaltig in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Hierfür wurde ein Betreuungsschlüssel von 1:50 festgelegt.

Fester Bestandteil von „AmigA“ ist das integrierte Gesundheitsmanagement. Dabei werden die Coaches von Ärzt-/innen mit sozialmedizinischer Fachkenntnis sowie Psycholog-/innen unterstützt. Gemeinsam bilden sie das Fallmanagement-Team.

Die Aufgaben des Teams sind u.a.:

* Eignungsdiagnostik
* Potenzialanalyse
* Abschluss von Eingliederungsvereinbarungen
* Angebot von gesundheitsbezogenen/psychosozialen Leistungen
* Einleitung und Umsetzung von bedarfsbezogenen arbeitsmarktintegrativen Instrumenten

**Zu 3.:**

Das für die Beratung von (schwer-)behinderten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erforderliche Fachwissen und die entsprechenden Kompetenzen können nicht innerhalb des Regelgeschäfts abgebildet werden.

Außerdem hat ein Großteil der (schwer-)behinderten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten einen vorrangigen Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben („berufliche Rehabilitation“), welcher:

* wegen des erforderlichen komplexen Fachwissens und der zu involvierenden Stellen häufig nicht innerhalb des Regelgeschäfts abgeprüft werden und
* von den (schwer-)behinderten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Regel wegen der oftmals komplexen psychosozialen Problemstellungen nicht realisiert werden kann. In diesen Fällen ist eine intensive vorbereitende und die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben flankierende Begleitung seitens des Jobcenters notwendig, da dies in der Regel von den Rehabilitationsträgern, welche sonst nur sehr arbeitsmarktnahe Rehabilitanden betreuen, nicht geleistet wird.

In der Praxis stellen sich typischerweise zwei Fallkonstellationen dar:

* **(schwer-)behinderte erwerbsfähige Leistungsberechtigte, bei welchen die Agentur für Arbeit gemäß § 6a SGB IX Rehabilitations- und das Jobcenter Kostenträger der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben ist:** Hier ist vom Jobcenter die Identifikation der (schwer-)behinderten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, welche einen entsprechenden Anspruch haben könnten und die Kontaktaufnahme mit der Rehaberatung der Agentur für Arbeit wichtig. Im nächsten Schritt ist es oft notwendig, vor der eigentlichen Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben in enger Abstimmung mit der Rehaberatung der Agentur für Arbeit vorbereitende / stabilisierende Beratungs- und integrationsvorbereitende Leistungen aus dem SGB II-Portfolio zu erbringen. Erst dann kann in der Regel die Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben erbracht werden, deren Verlauf eng flankiert werden muss. Seit dem Jahr 2012 haben sich die EGT-Ausgaben für die Fälle nach § 6a SGB IX von 656.558 EUR auf 530.607 EUR um 20 % reduziert.
* **(schwer-)behinderte erwerbsfähige Leistungsberechtigte, bei welchen die Deutsche Rentenversicherung Leistungen zur medizinischen Rehabilitation („Kur“) erbracht und im Nachgang von Amts wegen einen Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben festgestellt hat:** Dieser „Anspruch dem Grunde nach“ wird entsprechend beschieden, womit das Jobcenter ein Leistungsverbot für alle Leistungen der aktiven Arbeitsförderung mit Ausnahme von Arbeitsgelegenheiten hat. Da die Deutsche Rentenversicherung den in der Regel arbeitsmarktfernen (schwer-)behinderten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Regel nur Praktika bzw. Eingliederungszuschüsse im Falle einer Vermittlung zusagt, kann das Jobcenter bis zum Ablauf der Gültigkeit dieser Bescheide (3-4 Jahre) keine Leistungen der aktiven Arbeitsförderung erbringen. Auch hier wäre eine enge Abstimmung mit der Rehaberatung notwendig, um den Anspruch realisieren und flankieren zu können.

Mit der Trägerzulassung nach § 178 SGB III kann das Jobcenter Personal aus dem EGT finanzieren, welches diese Personengruppen aktiviert, berät und coacht und die beschriebenen Prozesse anstößt und begleitet. Hierfür wurde ein Betreuungsschlüssel von 1:50 festgelegt.

Für das Netzwerk ABC (Aktivierung, Beratung, Chancen) werden in 2017 für die Eigenvornahme von Maßnahmen vsl. 806.780 EUR eingesetzt.



## 















**1.3 Beschaffung und Vergabe neuer Maßnahmen**

Zum 18.04.2016 wurde das Vergaberecht im Überschwellenbereich („EU-Recht“) umfassend novelliert. Eine der für das Jobcenter Stuttgart als öffentlichem Auftraggeber wichtigsten Änderungen ist die Verlängerung der für Rahmenvereinbarungen maximal möglichen Laufzeit von 4 auf 6 Jahre. Das bedeutet, dass auch Arbeitsmarktdienstleistungen mit einer längeren Laufzeit ausgeschrieben werden können, was auch für die Maßnahmeträger von Vorteil ist, da hierdurch bei vertragsgemäßer Leistungserbringung eine größere Planungssicherheit eröffnet wird.

Der Geschäftsplan baut darauf auf, dass der Gemeinderat der Art und dem Umfang der im Folgenden genannten Beschaffungen („Maßnahmen“) im Rahmen der bezeichneten voraussichtlichen Aufwände („Kostenschätzung gesamt inkl. Optionen und Aufstockung“) sowie der Entscheidung des Jobcenters über die Vergabe dieser Leistungen bis zu einer Vergabesumme, welche um bis zu 20 % über dem bezeichneten voraussichtlichen Aufwand liegt, zustimmt.





**Laufende Nummer: V.1**

**Maßnahmebezeichnung:** Netzwerk ABC (Aktivierung, Beratung, Chancen) in Eigenvornahme (konkreter Beginntermin steht wegen Raumsituation noch aus)

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit:**  ab 01.01.2017 – 31.12.2017

**Laufzeit inkl. 2 Optionen:** ab 01.01.2017 – 31.12.2019

**Kostenschätzung 2017:** 806.779,50 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen:** 3.255.084,71 EUR

**Weitere Details s. „P. Netzwerk ABC (Aktivierung, Beratung, Chancen), Punkte 1-3“**

**Laufende Nummer: V.2**

**Maßnahmebezeichnung:** ESF-Kofinanzierung „GIGA – Ganzheitliche Integrationsberatung mit gesundheitsfördernder Ausrichtung“ bei METIS

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit:**  01.01.2017 - 31.12.2017

**Teilnehmerzahl:** 60

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-100 %

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 28.416,67 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 31.000,00 EUR

**Zielgruppe:**

Das Projekt GIGA 2017 richtet sich an erwerbsfähige leistungsberechtigte Menschen, deren Arbeitsmarktzugang aufgrund multipler und hauptsächlich psychosozialer Hemmnisse erschwert oder zurzeit kaum möglich ist und bei denen gesundheitliche Einschränkungen unterschiedlicher Ausprägung einschließlich psychischer Erkrankungen eine wichtige Rolle spielen.

**Zielsetzung:**

Das Projekt legt einen Schwerpunkt auf die Herausarbeitung und Veränderung von Haltungs- und Handlungsmustern im psychosozialen und persönlichen Bereich, und es setzt an der Auseinandersetzung mit dem eigenen Gesundheitsverhalten an. Ziel ist die wechselseitige Verstärkung von Veränderungspotenzial im gesundheitlichen, psychosozialen und beruflichen Bereich.

Die Teilnehmenden sollen einerseits für Fragen rund um ihre Gesundheit sensibilisiert werden, damit sie eigenverantwortlich und gesundheitsbewusster leben. Andererseits soll den teilnehmenden Personen ein anderer eigenverantwortlicher Umgang mit bestehenden körperlichen und psychischen Einschränkungen vermittelt werden. Ziel ist es, diese Menschen sozial und gesundheitlich zu stabilisieren und damit ihre grundsätzliche Beschäftigungsfähigkeit und ihre Chancen auf eine Reintegration ins Arbeitsleben zu verbessern. Ein möglicher mittelfristiger Wiedereinstieg ins Arbeitsleben wird durch fachübergreifende und bedarfsgerechte Hilfen zur persönlichen und gesundheitlichen Stabilisierung unterstützt.

Bei vorhandenen erheblichen gesundheitlichen Einschränkungen werden die Teilnehmenden darin unterstützt, ihre oftmals passive Haltung aufzugeben, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen und Handlungsansätze zu lernen, wie bereits ein anderer Umgang mit den persönlichen Einschränkungen zu einer Verbesserung der Lebensqualität führen kann. Dazu gehört auch ein selbstbewussteres eigenverantwortliches Auftreten innerhalb unseres Gesundheitssystems.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

* 4 feste GIGA-Gruppen mit je 15 TeilnehmerInnen (Starttermine: Januar, März, Mai, Juli 2017)
* Gesundheitsorientiertes Case-Management, Gesundheitskompetenztraining. Praxisangeboten in den Bereichen Ernährung, Bewegung oder Entspannung.

**Zielgrößen:**

Entfällt.

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Keine.

**Laufende Nummer: V.3**

**Maßnahmebezeichnung:** BaE-Check

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 20.03.2017 - 31.10.2017

**Teilnehmerplatzzahl:** 20

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Teilnehmerplatzzahl mit Rahmenvereinbarung/**

**Aufstockung:** 24

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 105.988,92 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Aufstockung:** 127.186,70 EUR

**Zielgruppe:**

Zur Zielgruppe gehören - unabhängig von der erreichten Schulbildung - junge Menschen ohne berufliche Erstausbildung, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben.

**Zielsetzung:**

Das Ziel der Maßnahme ist es festzustellen, ob bei den Teilnehmer/innen trotz Lernbeeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung eine ausreichende Ausbildungsreife vorliegt und welche Ausbildungsform erfolgversprechend ist.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

* Klärung Ausbildungsreife/Eignung
* Überprüfung und Feststellung der BaE-Voraussetzungen
* Findung von Alternativen zu BaE
* Berufsfindung/Festigung der Berufswahl
* Praktika/Akquise BaE-Ausbildungsplatz
* Stützunterricht

**Zielgrößen:**

Entfällt.

**Änderungen gegenüber den bisher durchgeführten Maßnahmen:**

Entfällt.

**Laufende Nummer: V.4**

**Maßnahmebezeichnung:** Ex-Perspektiven für junge Flüchtlinge (PerjuF) - über das REZ (Entscheidung über Folgeausschreibung steht noch aus)

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 18.04.2017 - 17.04.2018

**Laufzeit inkl. 5 Optionen:** 18.04.2017 - 17.04.2023

**Teilnehmerplatzzahl:** 20

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Teilnehmerplatzzahl mit Rahmenvereinbarung/**

**Aufstockung:** 24

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 129.744,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 1.744.249,87 EUR

**Zielgruppe:**

Zur Zielgruppe gehören insbesondere junge Menschen unter 25 Jahren, die perspektivisch eine berufliche Ausbildung anstreben

und

* Asylbewerber und Asylbewerberinnen oder Geduldete mit Arbeitsmarktzugang oder
* Asylbewerber oder Asylbewerberinnen mit guter Bleibeperspektive (aus Eritrea, Irak, Iran, Syrien) oder
* Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge sind

und

* aufgrund ihrer persönlichen Situation Hemmnisse aufweisen, insbesondere im Bereich Motivation/Einstellungen, für das deutsche Ausbildungssystem bzw. aufgrund bestehender Sprachdefizite und sozialer Eingewöhnungsschwierigkeiten in einem fremden soziokulturellen Umfeld der besonderen Unterstützung bedürfen, um sie für eine Ausbildung und/oder eine berufliche Qualifizierung zu motivieren und schrittweise daran heranzuführen,
* die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben,
* über keine berufliche – in Deutschland anerkannte - Erstausbildung verfügen,
* über keine bzw. geringe berufliche Erfahrung verfügen und
* wegen der in ihrer Person liegenden Gründe ohne diese Förderung nicht bzw. noch nicht in Ausbildung eingegliedert werden können.

**Zielsetzung:**

Die Maßnahme Perspektiven für junge Flüchtlinge stellt ein niedrigschwelliges Angebot im Vorfeld von Berufswahl, Ausbildung und Qualifizierung im Rahmen berufsvorbereitender, Assistierter Ausbildung und außerbetrieblicher Ausbildung dar. Im Rahmen der Maßnahme sollen diese jungen Flüchtlinge für eine berufliche Qualifizierung motiviert und schrittweise an den Ausbildungsmarkt herangeführt werden.

Ziel ist es, den jungen Flüchtlingen ausreichende berufliche Kenntnisse (z. B. Inhalte zu Ausbildungsberufen) und Erfahrungen zu vermitteln, um anschließend eine Berufsorientierung für das deutsche Ausbildungssystem bewusst zu erfassen bzw. ggf. bereits eine eigenständige Berufswahlentscheidung treffen zu können.

Die Maßnahme dient nicht zur Vorbereitung auf den Erwerb des Hauptschulabschlusses bzw. vergleichbarer Schulabschlüsse. Im Bedarfsfall ist in Abstimmung mit der zuständigen Fachkraft des Bedarfsträgers eine Überleitung in BvB zu prüfen.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

Die Heranführung an das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem soll im Maßnahmeverlauf vorrangig durch intensive Sozial- und Netzwerkarbeit sowie die Einbindung der Teilnehmer in projektbezogenes Arbeiten und damit einhergehender Sprachförderung und Berufsorientierung erreicht werden.

Im Rahmen einer Einstiegsphase (die ersten vier Wochen der individuellen Zuweisungsdauer) soll ausgehend von den Beobachtungen und Gesprächsergebnissen ein erstes Bild über Integrationshemmnisse und eine Einschätzung zu vorhandenen Sprachkenntnissen der Teilnehmer gewonnen werden. In dieser Phase sollen ausdrücklich keine klassischen Profiling- und Feststellungsverfahren durchgeführt werden.

Zu Beginn der Maßnahme wird mit jedem Teilnehmer eine Standortbestimmung durchgeführt. Dazu gehört u.a. die Erhebung und erste Bewertung

* der vorhandenen deutschen und ggf. englischen Sprachkenntnisse,
* des bisherigen schulischen Verlaufs,
* der schulischen Interessen
* von evtl. bereits erworbenen beruflichen Kenntnissen und Qualifikationen,
* der Schlüsselkompetenzen,
* der soziokulturellen, körperlichen und kognitiven Voraussetzungen (Einwilligung des Teilnehmers erforderlich)
* der Erwartungen und Wünsche

des Teilnehmers.

Die Bewertung des schulischen Verlaufs und der beruflichen Vorerfahrungen schließt die Hilfestellung bei der Anerkennung ggf. vorhandener ausländischer Abschlüsse mit ein.

Im gesamten Maßnahmeverlauf sind mindestens drei Projektansätze durchgängig vorzuhalten, die den unterschiedlichen Teilnehmerinteressen, -ressourcen und -kompetenzen Rechnung tragen. Den Teilnehmern sind alle Projektansätze bedarfsgerecht zu ermöglichen.

Unter einem Projekt in diesem Sinne werden Ansätze verstanden, die im Rahmen einer in sich geschlossenen Aufgaben-/Themenstellung ganzheitlich die Förderung der Schlüsselqualifikationen, das Kennenlernen praktischer Tätigkeiten sowie die Vermittlung theoretischer Inhalte und die Aufarbeitung schulischer und berufssprachlicher Defizite ermöglichen. Zur praktischen Unterweisung der Teilnehmer im Rahmen dieser Projekte sind Praxisräume vorzuhalten, die eine Arbeit mit den Materialien Holz, Metall, Farbe und in der Hauswirtschaft ermöglichen.

Zur Durchführung von Projekten können Projektteams gebildet werden.

Vermittlung berufsvorbereitender Deutsch-Sprachkenntnisse

Während der gesamten Maßnahmedauer werden Sprachkenntnisse vermittelt bzw. vertieft; in der Regel sind folgende zeitliche Umfänge in der Maßnahme vorzuhalten:

* in der Einstiegsphase erfolgt die Vermittlung der für die Maßnahmeziele notwendigen Sprachkenntnisse täglich in zwei bis drei Zeitstunden,
* danach wird die Vermittlung der Sprachkenntnisse an einem Tag der Woche in sechs Zeitstunden beim Auftragnehmer durchgeführt.

Die Vermittlung und Erweiterung umfasst sowohl allgemeine als auch berufsbezogene Deutschkenntnisse. Der Teilnehmer soll befähigt werden, nicht nur in allgemeinen Situationen, sondern insbesondere in der Berufsorientierung und –wahl seine Interessen, Fertig- und Fähigkeiten einfach und zusammenhängend zu formulieren und im Gespräch zu reflektieren.

Bei der Vermittlung und Erweiterung von deutschen Sprachkenntnissen ist das individuelle Sprachniveau zu beachten. Der zeitliche Umfang der Sprachförderung ist den individuellen Sprachkenntnissen anzupassen. Im Maßnahmeverlauf soll der Anteil der individuellen Sprachförderung in Absprache mit dem Jobcenter zugunsten der anderen Maßnahmeinhalte kontinuierlich sinken.

Neben den Querschnittsaufgaben:

* Entwicklung der Schlüsselkompetenzen,
* Sozialpädagogische Begleitung,
* Elternarbeit nach vorheriger Einwilligung,
* allgemeine Netzwerkarbeit

hat der Auftragnehmer folgende Fördereinheiten vorzuhalten:

* allgemeiner Grundlagenbereich,
* Bewerbungstraining,
* betriebliche Phasen,
* Information zur Sucht- und Schuldenprävention
* Informationen über die Grundlagen gesunder Lebensführung

Um Berufsalltag mit den jeweiligen betriebsspezifischen Bedingungen praktisch zu erleben, sind insbesondere betriebliche Phasen wichtig: Die Teilnehmer sollen Praxisfelder von beruflichen Tätigkeiten, betriebliche Lern- und Arbeitsbedingungen, Kontakt zu Kunden und Mitarbeitern sowie Technologien und Arbeitsfelder kennenlernen. Sie erhalten die Möglichkeit, das bisher Gelernte unter realen Bedingungen zu erproben und Neues dazuzulernen.

Die individuelle Zuweisungsdauer beträgt in der Regel sechs und maximal zwölf Monate.

**Zielgrößen:**

Entfällt.

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Keine.

**Laufende Nummer: V.5**

**Maßnahmebezeichnung:** "Men@work“

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 18.04.2017 - 13.10.2017

**Laufzeit inkl. 11 Optionen:** 18.04.2017 - 06.04.2023

**Teilnehmerplatzzahl:** 15

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Teilnehmerplatzzahl mit**

**Rahmenvereinbarung/ Aufstockung:** 18

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 100.204,70 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 1.213.638,44 EUR

**Zielgruppe:**

Zielgruppe der Maßnahme sind nach den §§ 7 ff. SGB II erwerbsfähige leistungsberechtigte Männer mit Unterstützungsbedarf.

**Zielsetzung:**

Die Maßnahme ist darauf auszurichten, dass

* durch eine Erwerbstätigkeit die Hilfebedürftigkeit beseitigt, die Dauer der Hilfebedürftigkeit verkürzt oder der Umfang der Hilfebedürftigkeit verringert wird,
* die Erwerbsfähigkeit der leistungsberechtigten Teilnehmer verbessert oder erhalten wird,
* geschlechtsspezifischen Problemstellungen der Teilnehmer (z. B. Verhaftung in Rollenbildern, gesellschaftlich nicht akzeptierte Problemlösungsstrategien) entgegengewirkt wird und die familienspezifischen Lebensverhältnisse der Teilnehmer berücksichtigt werden. Die Maßnahme soll sich daher stark an einem systemischen Ansatz orientieren, der das Lebensumfeld und die Beziehungen in der Bedarfsgemeinschaft in die Integrationsstrategie mit einbezieht.

Zur Ausrichtung der Maßnahme gehört weiter:

* Profiling zur beruflichen Situation
* Gewaltprävention
* Perspektivenentwicklung
* Erarbeiten eines Förderplans
* Bewerbungstraining
* Organisation und Begleitung von verbindlichen Betriebspraktika

Die individuelle Zuweisungsdauer beträgt sechs Monate.

**Zielgrößen:**

* Eingliederungsquote: 25 %

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Entfällt.

**Laufende Nummer: V.6**

**Maßnahmebezeichnung:** Ex-ProbeArbeit

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 08.05.2017-08.04.2018

**Laufzeit inkl. 5 Optionen:** 08.05.2017-30.04.2023

**Teilnehmerplatzzahl:** 15

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Teilnehmerplatzzahl mit**

**Rahmenvereinbarung/ Aufstockung:** 18

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 106.961,10 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 1.492.415,95 EUR

**Zielgruppe:**

Zielgruppe der Maßnahme sind nach den §§ 7 ff. SGB II erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit guten Vermittlungsaussichten in den ersten Arbeitsmarkt.

**Zielsetzung:**

Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt mithilfe der Vermittlung in begleiteten Praktika bei Arbeitgebern, welche aktuell einen Personalbedarf haben.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

* 6 Wochen Vorbereitungsphase (Modul A), in welcher Praktikumsfähigkeit hergestellt wird und Praktikumsplätze akquiriert werden. Alle Maßnahmeteilnehmenden müssen in ein Praktikum vermittelt werden.
* 6 Wochen Praktikumsphase (Modul B) bei Arbeitgebern in Teil- oder Vollzeit. Die Praktikumsphase wird eng begleitet.

**Zielgrößen:**

Hinweis: Die Nichterreichung der Zielgrößen führt zu einer Pflichtverletzung. Soweit die Pflichtverletzung durch den Auftragnehmer grob fahrlässig oder vorsätzlich erfolgt ist, folgen daraus Vertragsstrafen.

* Eingliederungsquote: 40 %

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Die Maßnahme wurde im Jahr 2016 mit einem Maßnahmebeginn am 06.06.2016 neu beschafft. Da zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsplanes die oben beschriebenen Übergänge aus Modul A in Modul B in fast keinem Fall stattgefunden haben und auch die Eingliederungsquote bei Weitem nicht erreicht wurde, soll die Maßnahme, falls nicht bis zum Ende des Jahres 2016 eine wesentliche Steigerung eintritt, neu ausgeschrieben werden.

**Laufende Nummer: V.7**

**Maßnahmebezeichnung:** Ex-Perspektiven für weibliche Flüchtlinge (PerF-W) - über das REZ (Entscheidung über Folgeausschreibung steht noch aus)

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 01.12.2017-30.05.2019

**Laufzeit inkl. 4 Optionen:** 01.12.2017-30.11.2023

**Teilnehmerinnenzahl:** 60

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Teilnehmerinnenzahl mit Rahmenvereinbarung/**

**Aufstockung:** 72

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 0,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 1.696.941,21EUR

**Zielgruppe:**

Teilnehmerinnen sind:

* weibliche erwerbsfähige Leistungsberechtigte, bei denen die Voraussetzungen des § 7 SGB II erfüllt sind.
* die mindestens 18 Jahre alt sind,
* aufgrund ihrer persönlichen Situation (z. B. Fluchthintergrund, fehlende Orientierung im deutschen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem, Familiennachzug) Hemmnisse aufweisen und der besonderen Unterstützung bedürfen, um sie für die Aufnahme einer Ausbildung und/oder einer Erwerbstätigkeit sowie ggf. einer beruflichen Qualifizierung zu motivieren und schrittweise an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt heranzuführen,
* über Sprachkenntnisse verfügen, die es zulassen, den Inhalten der Maßnahme zu folgen. Dies ist in der Regel nach der Teilnahme an einem Integrationskurs der Fall.

**Zielsetzung:**

Ziel der Maßnahme ist es, den weiblichen Flüchtlingen Orientierung im deutschen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem zu geben. Dazu gehören Kenntnisse über Zugangswege, Aufbau und Funktionsweise des deutschen Bildungssystems sowie des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes. Die Potentiale der Zielgruppe sind zu identifizieren und zu stärken, Perspektiven aufzuzeigen und Bewerbungsaktivitäten zu unterstützen. Dabei sollen die Teilnehmerinnen auf die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung bzw. Ausbildung in Deutschland vorbereitet werden. Weiterhin sollen ihnen berufsbezogene Sprachkenntnisse vermittelt bzw. diese erweitert werden.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

1. Standortbestimmung
2. Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
3. Kennenlernen der Berufspraxis
4. Berufsbezogene Sprachförderung im Rahmen der beruflichen Kenntnisvermittlung (die Inhalte dieses Moduls betragen max. 8 Wochen bzw. 320 Zeitstunden, mindestens jedoch 130 Zeitstunden)
5. Kompetenzstärkung und Aktivierung (die Inhalte dieses Moduls bilden den Schwerpunkt der Maßnahme)
6. Unterstützung bei der Organisation der Kinderbetreuung

Jeder dieser Bausteine soll die Anwendung der deutschen Sprache fördern und die Darstellung der Rolle der Frau in Deutschland mittels weiblicher Vorbilder (z. B. Kennenlernen der Erzieherin, der Bäckerin oder Konditorin, der Kassiererin, der Maler- und Lackiererin, der Industriemechanikerin, der Busfahrerin oder der Bibliotheksmitarbeiterin im Arbeitsumfeld) beinhalten.

a) Standortbestimmung

Zu Beginn der Maßnahme (die ersten zwei Wochen der Zuweisungsdauer) soll ausgehend von den Beobachtungen und Gesprächsergebnissen ein erstes Bild über vorhandene Potentiale, erforderliche Unterstützungsbedarfe und eine Einschätzung zu vorhandenen Sprachkenntnissen der Teilnehmerinnen gewonnen werden. Die Erkenntnisse sind über den gesamten Maßnahmeverlauf hinweg fortzuschreiben.

Während des Bausteins wird mit jeder Teilnehmerin eine Standortbestimmung durchgeführt. Dazu gehört u.a. die Erhebung und Bewertung

* des bisherigen schulischen Verlaufs,
* der schulischen oder beruflichen Interessen,
* von evtl. bereits erworbenen beruflichen Kenntnissen, Fertigkeiten und Qualifikationen,
* der Schlüsselkompetenzen,
* im Alltag erworbene Kompetenzen, Neigungen und Stärken,
* der Erwartungen und Wünsche

der Teilnehmerin.

b) Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Im Rahmen dieses Bausteins sollen Kenntnisse zu dem übergeordneten Thema Bildungssystem vermittelt werden:

* frühkindliche Bildung (Kindertageseinrichtungen als erster Lernort im Bildungssystem)
* schulische Bildung (Grundschule, weiterführende Schulen)
* berufliche Bildung (Aus- und Weiterbildung, duales System, Studium etc.)

Ziel ist es, den Frauen die Bedeutung der Bildungskette zu verdeutlichen und welche Konsequenzen das Weglassen eines Bildungsabschnitts zur Folge hat (bspw. Spracherwerb bereits in der Kindertagesstätte, geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt ohne qualifizierte Ausbildung oder berufliche Weiterbildung).

Diese Aufgabe soll nicht die Inhalte des Orientierungskurses oder des Frauen- bzw. Elternintegrationskurses des BAMF ersetzen, sondern ist als zusätzliches Angebot gedacht.

Der Inhalt dieses Bausteins soll nicht nur theoretisch erfolgen, sondern mit Vor-Ort-Besuchen in Schulen, Kindertagesstätten etc. erlebbar sein.

Die Teilnehmerinnen sind darüber hinaus allgemein zu informieren über

* Aufnahmefähigkeit des regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes
* Anforderungen hinsichtlich Berufs- und Schulabschlüssen
* Arbeitsbedingungen (z. B. Arbeitnehmerüberlassung, Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Arbeitserlaubnis, Arbeitsvertrag, geringfügige Beschäftigung, Risiken und Folgen von Schwarzarbeit, Kündigungsschutz, Mindestlohn, Unfallversicherung, Urlaubsanspruch)
* Bewerbungsverfahren in Deutschland
* Werte und Normen (z. B. Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Informationen/Nachweis bei Krankheit bzw. Fehlzeiten, Beantragung von Urlaub, Weisungsrecht des Arbeitgebers)
* Kranken-, Pflege-, Renten-, Arbeitslosenversicherung

Bei diesen Informationen ist auch auf die Spezifika der Teilnehmerinnengruppe (z. B. bisherige Tätigkeit/Zielberuf/Zieltätigkeit) einzugehen.

Es sind Informationen über erforderliche Nachweise von Schulbildung, Hochschulabschlüssen, Berufsabschlüssen und erfolgten Berufstätigkeiten insbesondere in Verbindung mit der Anerkennung des ausländischen Abschlusses zu erteilen.

Dazu können u.a. auch Fachdozenten/Experten/Referenten von entsprechenden Einrichtungen (z. B. IHK, HWK, IQ-Netzwerk, regionale Anerkennungsberatungsstellen) für die Maßnahme gewonnen werden.

c) Kennenlernen der Berufspraxis

Bei diesem Baustein soll folgendes ermöglicht werden:

* Betriebsbegehungen und Kennenlernen von Ausbildungszentren
* Hospitationen
* (optional) mehrtägige betriebliche Erprobung (Maßnahmeteile bei einem Arbeitgeber)

Es ist sicherzustellen, dass die Teilnehmerinnen verschiedene Berufsfelder kennenlernen, insbesondere sind auch geschlechtsuntypische Berufsbilder vorzustellen, zum Beispiel Berufe aus dem gewerblich-technischen Bereich. Nach Möglichkeit sollen auch hier weibliche Vorbilder eingesetzt werden, um den Teilnehmerinnen die Rolle der (arbeitenden) Frau zu verdeutlichen.

Die betrieblichen Maßnahmeteile können insgesamt bis zu sechs Wochen betragen und bei mehreren Arbeitgebern absolviert werden.

Es ist grundsätzlich von einer Dauer von fünf Arbeitstagen unter Beachtung der arbeitsrechtlichen und tarifrechtlichen Vorschriften je Woche auszugehen. Bei branchen- bzw. betriebsüblicher Besonderheit kann diese abweichen.

Der Auftragnehmer akquiriert die entsprechenden betrieblichen Möglichkeiten und übernimmt die Gewährleistung für die ordnungsgemäße Durchführung. Hierzu gehören insbesondere angemessene Arbeitsbedingungen, die Sicherstellung der Betreuung der Teilnehmerin während der betrieblichen Erprobung sowie eine individuelle Vor- und Nachbereitung.

d) Berufsbezogene Sprachförderung im Rahmen der beruflichen Kenntnisvermittlung

Ziel der Vermittlung berufsbezogener Sprachkenntnisse ist eine deutlich verbesserte Sprachkompetenz der Teilnehmerinnen, um eine berufliche Eingliederung zu unterstützen und auf den beruflichen Alltag vorzubereiten. Die Teilnehmerinnen sollen in der Lage sein, ihre Interessen, Fertig- und Fähigkeiten einfach und zusammenhängend zu formulieren und im Gespräch zu reflektieren.

Die berufsbezogene Sprachförderung umfasst insbesondere das Erlernen von Fachsprache und Fachbegriffen aus einem bestimmten Beruf oder Berufsfeld. Sie soll sowohl mündliche und als auch schriftsprachliche Inhalte enthalten und die übrigen Maßnahmeinhalte sinnvoll ergänzen.

e) Kompetenzstärkung und Aktivierung

Die Heranführung und Eingliederung in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem soll insbesondere durch intensive sozialpädagogische Begleitung erreicht werden.

Ziel ist hierbei die Bewältigung von Eingliederungshemmnissen durch Herstellung der individuellen Grundstabilität bei Problemlagen sowie die Herstellung eines positiven Lern- und Arbeitsverhaltens der Teilnehmerinnen insbesondere durch die Entwicklung und Förderung von Schlüsselkompetenzen.

Zu den Aufgaben der sozialpädagogischen Begleitung gehören:

* Koordinierung des individuellen Teilnahmeverlaufs (die sozialpädagogische Begleitung plant, fördert, organisiert, koordiniert, begleitet und dokumentiert)
* Begleitung bis zum Übergang in weiterführende Qualifizierungsangebote, maximal bis zum Ende der Teilnahme an der Maßnahme
* Aufbau von verlässlichen Beziehungsstrukturen zur Teilnehmerin
* Entwicklung einer Lebens- und Berufsperspektive
* Entwicklungsfördernde Beratung und Einzelfallhilfe bei Problemlagen (z. B. Alltagshilfen, Krisenintervention, Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf)
* Verhaltenstraining (z. B. Umgang mit Konfliktsituationen)
* Zusammenarbeit mit dem in der Maßnahme eingesetzten Personal
* Regelmäßige Sprechstundenangebote
* Akquirieren von Stellen für die betriebliche Erprobung
* Information über Angebote von Dritten und ggf. auf Wunsch der Teilnehmerin Begleitung zu den Dritten (z. B. Schwangeren- und Familienberatungsstellen, Mehrgenerationenhäuser, Ämter und Behörden)

Die sozialpädagogische Begleitung der Teilnehmerinnen ist bedarfsorientiert während der gesamten Maßnahme anzubieten und hat neben dem persönlichen auch den sozialen und/oder familiären Kontext zu berücksichtigen. Hierbei ist ein besonderer Schwerpunkt darauf zu legen, drohende Maßnahmeabbrüche frühzeitig zu erkennen und durch gezielte Angebote weitestgehend zu vermeiden.

Zur Aktivierung und Begleitung der Teilnehmerinnen sind auch anlassbezogen (insbesondere bei mehrmaligem Nichterscheinen) Hausbesuche möglich. Sie dienen ausschließlich der sozialintegrativen Betreuung der Teilnehmerin.

Die Stabilisierung der persönlichen Situation zur Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt soll zusätzlich durch

* Einzel- und Gruppencoaching sowie
* durch Angebote unter Einbeziehung von Familienangehörigen (Ehemänner, Brüder, Väter und der Kinder)

unterstützt werden.

Die Angebote unter Einbeziehung von Familienangehörigen sollen dazu dienen, Vertrauen der Gesamtfamilie, insbesondere der männlichen Mitglieder aufzubauen. Sie können nicht nur beim Auftragnehmer selbst, sondern auch zum Beispiel in Kindertagesstätten und Familienzentren erfolgen. Dies soll Vorbehalte von Männern (Ehemänner, Brüder, Söhne, männliche Haushaltsvorstände) gegenüber der Teilnahme der Frauen verringern.

Zudem soll im Rahmen arbeitsmarktintegrativer Aktivitäten die Alltagskompetenz anhand einer eigenständigen Nutzung des ÖPNV (Mobilitätstraining) gestärkt werden durch

* Kennenlernen der Möglichkeiten des ÖPNV,
* Trainieren einer aktiven und gemeinsamen Nutzung des ÖPNV, insbesondere durch Umsteigetraining und täglicher Pendelweg zur Maßnahme und
* Erläutern von Selbstinformationsmöglichkeiten (Fahrpläne, Fahrkartenautomat, ÖPNV App usw.).

f) Unterstützung bei der Organisation der Kinderbetreuung

Aufgrund der besonderen Situation und der Fluchterfahrung der Teilnehmerinnen und ihrer Kinder soll während der Teilnahme an der Maßnahme eine ortsnahe, qualitätsgesicherte Betreuung der Kinder erfolgen. Der Auftragnehmer hat bei der Organisation einer qualitätsgesicherten Kinderbetreuung während der Maßnahme bzw. während der Anwesenheitszeit der Frauen in der Maßnahme zu unterstützen. Es handelt sich dabei um Kinder vom Säuglingsalter bis zum Schuleintritt.

Diese Unterstützungsleistung beinhaltet die aktive Kontaktaufnahme zu beispielsweise Tagespflegeeinrichtungen, Großtagespflegestellen, zugelassenen Tagespflegepersonen, Kindertagesstätten oder die Begleitung der Frauen zum ersten Termin in der Kinderbetreuungseinrichtung. Ziel ist eine verlässliche Kinderbetreuung für die Dauer der Maßnahme. Eine Kinderbetreuung in unmittelbarer Nachbarschaft zum Maßnahmeort ist anzu-streben.

Die individuelle Zuweisungsdauer beträgt in der Regel sechs Monate.

**Zielgrößen:**

Entfällt.

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Keine.

**Laufende Nummer: V.8**

**Maßnahmebezeichnung:** ESF-Kofinanzierung „Spätstarter gesucht“ bei METIS (Entscheidung über Folgeausschreibung steht noch aus, da über die ESF-Mittel erst im Laufe des Jahres 2017 entschieden wird)

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit:**  01.01.2018 - 31.12.2018

**Laufzeit inkl. 1 Option:** 01.01.2018 - 31.12.2019

**Teilnehmerzahl:** 100 (Step 1), 50 (Step 2)

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-100 %

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 0,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 59.850,00 EUR

**Zielgruppe:**

Das Projekt Spätstarter gesucht richtet sich an erwerbsfähige leistungsberechtigte Menschen bis 40 Jahren, die an einer Ausbildung grundsätzlich interessiert sind.

**Zielsetzung:**

Das Ziel der Maßnahme sind die Unterstützung der Teilnehmenden bei der Ausbildungsplatzsuche und die Stabilisierung des betrieblichen Ausbildungsverhältnisses.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

* Klärung (Step 1): Unterstützung bei der Klärung des Themas betriebliche Ausbildung für an dieser Perspektive interessierte Personen insbesondere in den oben genannten Bereichen: Ausbildungsfähigkeit und Qualifizierbarkeit, Ausbildungsmarktorientierung und Existenzsicherung
* Umsetzung (Step 2): Unterstützung und Begleitung von TeilnehmerInnen aus Step 1 bei der Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche und aller weiterer erforderlichen Schritten zum Beginn und zur Stabilisierung einer betrieblichen Ausbildung.
* Spätstarter Netzwerk: Verstärkte Aktivitäten in der Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben zur Gewinnung von Ausbildungsplätzen und Praktikumsstellen, Entwicklung einer Zusammenarbeit mit Kammern und Verbänden sowie weiteren Institutionellen Einrichtungen sowie Identifikation bereits bestehender Unterstützungsangebote im Bereich Ausbildung mit dem Ziel der Vernetzung, Abstimmung und Ergänzung des Angebots.

**Zielgrößen:**

Entfällt.

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Keine.

**Laufende Nummer: V.9**

**Maßnahmebezeichnung:** Ex-Plan P

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 01.01.2018-03.04.2018

**Laufzeit inkl. 5 Optionen:** 01.01.2018-03.04.2023

**Teilnehmerinnenplatzzahl:** 17

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 100-120 %

**Teilnehmerinnenplatzzahl mit**

**Rahmenvereinbarung/ Aufstockung:** 20

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 0,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 295.067,38 EUR

**Zielgruppe:**

Zielgruppe der Maßnahme sind nach den §§ 7 ff. SGB II erwerbsfähige leistungsberechtigte Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen

**Zielsetzung:**

Frauen eine nachhaltige und realistische Perspektive eröffnen, die ihnen ermöglicht, ihren Lebensunterhalt eigenverantwortlich außerhalb der Prostitution zu bestreiten.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

* Standortbestimmung und Heranführung an den Ausstieg
* Stabilisierung der individuellen und sozialen Situation
* Profiling und berufliche Orientierung
* Intensive Einzelfallbegleitung und Coaching
* Vermittlung in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen

**Zielgrößen:**

Entfällt.

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Die bisherige Maßnahme umfasst eine Teilnehmerinnenplatzzahl von 12 Plätzen und kann auf 14 Plätze aufgestockt werden. Da sich zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsplanes ein höherer Bedarf abzeichnet, soll die Teilnehmerinnenplatzzahl auf 17 Plätze mit der Möglichkeit einer Aufstockung auf 20 Plätze erhöht werden. Sollte sich der Bedarf nicht realisieren, soll die Maßnahme im bisherigen Umfang beschafft werden.

**Laufende Nummer: V.10**

**Maßnahmebezeichnung:** „Forum Frauen“

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. §§ 45, 81 ff. SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 02.01.2018-17.06.2018

**Laufzeit inkl. 5 Optionen:** 02.01.2018-14.04.2023

**Teilnehmerinnenplatzzahl:** 232

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Teilnehmerinnenplatzzahl mit**

**Rahmenvereinbarung/ Aufstockung:** 278

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 0,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 12.123.924,30 EUR

**Einführung:**

Das Jobcenter Stuttgart bietet im Rahmen der flüchtlingsunspezifischen frauenspezifischen Arbeitsmarktdienstleistungen, welche vergaberechtlich beschafft werden müssen, derzeit abschließend folgende Maßnahmen an:

* Plan P (s.o. V.9)
* Berufliche Beratung und Information (BBI) (s.u. V.11)
* Anlaufstelle Kind & Beruf (AKIB) (s.u. V.13)
* Precasus (s.u. V.14)
* Modellprojekt Integration Alleinerziehende (MIA) (s.u. V.15)
* Back to Job!

Von diesen 6 frauenspezifischen Arbeitsmarktdienstleistungen müssen 5 in 2017 wegen Vertragsablaufes für den Maßnahmebeginn 2018 wiederbeschafft werden. Back to Job! endet spätestens im April 2019 und muss dann wiederbeschafft werden.

Die vorgenannten Maßnahmen wurden im Verlauf der letzten Jahre – zum Teil auch aus Vorgängermaßnahmen – entwickelt und entsprechend der Bedarfe beschafft. Wegen dieser zeitlich differenten Entwicklungs- und Beschaffungshistorie kommt es mittlerweile bei einzelnen dieser Maßnahmen zu Unschärfen hinsichtlich der Zielgruppen- und Inhaltsdefinition sowie der Anschlussfähigkeit untereinander.

Das Jobcenter prüft daher derzeit, ob das Budget, welches für die Ersatzbeschaffung der o.a. Maßnahmen verwendet werden soll, alternativ für die Beschaffung einer Maßnahme mit dem Arbeitstitel „Forum Frauen“, welche die mit den jetzigen Maßnahmen verfolgten Ziele und Inhalte und die Erweiterung derer mittels der Entwicklung freier Inhalte im laufenden Prozess beinhaltet, verwendet werden kann. Additiv zur jetzigen Struktur würde innerhalb dieser Maßnahme eine zentrale Einheit zum Zwecke der Eingangs- und Fallsteuerung geschaffen, was insbesondere hinsichtlich der Bedarfsformulierung und der nahtlosen Anschlussfähigkeit positive Effekte verspricht. Außerdem wird derzeit geprüft, ob in dieser zentralen Einheit jeweils eine Stelle für die reine Arbeitsmarktvermittlung und für die individuelle Organisation von Kinderbetreuungsmöglichkeiten über alle Einzel-„Projekte“ von „Forum Frauen“ implementiert werden kann.

Diese Prüfung soll im Frühjahr 2017, wenn auch ausreichende Erkenntnisse über die neue beschafften Maßnahmen Precasus (s.u. V.13) und Modellprojekt Integration Alleinerziehende (MIA) (s.u. V.14) vorliegen, abgeschlossen werden. Da der Zeithorizont bis zum eventuellen Beginn von „Forum Frauen“ am 02.01.2018 hinsichtlich der noch zu erfolgenden Ausschreibung und Einrichtung eines solchen Angebots möglichst weit gehalten werden sollte, soll die Zustimmung über Art und Umfang dieser Beschaffung sowie der Entscheidung des Jobcenters über die Vergabe dieser Leistung bereits mit diesem Geschäftsplan eingeholt werden.**Laufende Nummer: V.11**

**Maßnahmebezeichnung:** "Ex-Berufliche Beratung und Information (BBI)"

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 02.01.2018 - 03.04.2018

**Laufzeit inkl. 5 Optionen:** 02.01.2018 - 03.04.2023

**Beratungsstunden:** 298

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Beratungsstunden mit Rahmenvereinbarung/**

**Aufstockung:** 357

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 0,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 722.157,47 EUR

**Zielgruppe:**

Zielgruppe der Maßnahme sind Frauen mit Kindern unter drei Jahren, die sich bereits während der Elternzeit um ihre künftige berufliche Perspektive kümmern möchten.

**Zielsetzung:**

Das Ziel der Maßnahme ist die Unterstützen der Frauen bei einer beruflichen Neuorientierung oder bei der Organisation der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

* Information und Beratung
* Berufliche Orientierung
* Vereinbarkeit Familie und Beruf
* Bearbeitung der persönlichen Situation
* Workshopreihe „Berufliche Orientierung“
* Vermittlung in aufbauende Angebote

Die individuelle Zuweisungsdauer ist bedarfsgerecht flexibel gestaltbar.

**Zielgrößen:**

Entfällt.

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Keine.

**Laufende Nummer: V.12**

**Maßnahmebezeichnung:** Ex-Motivation, Orientierung, Vermittlung! (MOVe!)+Ex-Durchstarten!

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 15.01.2018-14.01.2019

**Laufzeit inkl. 5 Optionen:** 15.01.2018-14.01.2024

**Teilnehmer:**

|  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | **Ex-MOVe!-Teil** | | | **Ex-Durchstarten!-Teil** | | |
|  | Zuweisungs-  korridor | Vertragsende | Volumen (100 %) | Zuweisungs-korridor | Vertragsende | Volumen (100 %) |
| **1. Vertragszeitraum** | 15.01.2018-14.04.2018 | 14.01.2019 | 102 | 01.06.2018-14.04.2019 | 14.10.2019 | 355 |
| **1. Optionszeitraum** | 15.04.2018-14.04.2019 | 14.01.2020 | 408 |  |  |  |
| **2. Optionszeitraum** | 15.04.2019-14.04.2020 | 14.01.2021 | 408 | 15.04.2019-14.04.2020 | 14.10.2020 | 408 |
| **3. Optionszeitraum** | 15.04.2020-14.04.2021 | 14.01.2022 | 408 | 15.04.2020-14.04.2021 | 14.10.2021 | 408 |
| **4. Optionszeitraum** | 15.04.2021-14.04.2022 | 14.01.2023 | 408 | 15.04.2021-14.04.2022 | 14.10.2022 | 408 |
| **5. Optionszeitraum** | 15.04.2022-14.04.2023 | 14.01.2024 | 408 | 15.04.2022-14.07.2023 | 14.01.2024 | 510 |

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Teilnehmerzahl mit Rahmenvereinbarung/**

**Aufstockung:**

|  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | **Ex-MOVe!-Teil** | | | **Ex-Durchstarten!-Teil** | | |
|  | Zuweisungs-  korridor | Vertragsende | Volumen (120 %) | Zuweisungs-korridor | Vertragsende | Volumen (120 %) |
| **1. Vertragszeitraum** | 15.01.2018-14.04.2018 | 14.01.2019 | 120 | 01.06.2018-14.04.2019 | 14.10.2019 | 418 |
| **1. Optionszeitraum** | 15.04.2018-14.04.2019 | 14.01.2020 | 480 |  |  |  |
| **2. Optionszeitraum** | 15.04.2019-14.04.2020 | 14.01.2021 | 480 | 15.04.2019-14.04.2020 | 14.10.2020 | 480 |
| **3. Optionszeitraum** | 15.04.2020-14.04.2021 | 14.01.2022 | 480 | 15.04.2020-14.04.2021 | 14.10.2021 | 480 |
| **4. Optionszeitraum** | 15.04.2021-14.04.2022 | 14.01.2023 | 480 | 15.04.2021-14.04.2022 | 14.10.2022 | 480 |
| **5. Optionszeitraum** | 15.04.2022-14.04.2023 | 14.01.2024 | 480 | 15.04.2022-14.07.2023 | 14.01.2024 | 600 |

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 0,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 15.847.620,20 EUR

**Einleitung:**

Die Maßnahmen MOVe! und Durchstarten! wurden bisher getrennt ausgeschrieben und durchgeführt. Da der strukturelle Aufbau der Maßnahmen trotz der verschiedenen Zielgruppen sehr ähnlich ist, sollen die Maßnahmen als Kombination ausgeschrieben und somit Synergieeffekte in der Administration und Durchführung genutzt werden. Bei der Zuweisung kann entschieden werden, in welchen Teil der Gesamtmaßnahme, also in MOVe! oder in Durchstarten! zugewiesen werden soll.

**Zielgruppe:**

* **MOVe!:** Zur Zielgruppe gehören erwerbsfähige Leistungsberechtigte ohne mittelbare Integrationschancen bei denen sich der Leistungsbezug in der Regel seit Jahren verfestigt hat.
* **Durchstarten!:** Zur Zielgruppe gehören erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Aktivierungs- und Unterstützungsbedarf mit vergleichsweise guten Vermittlungschancen, bei denen allerdings ohne Intervention der Eintritt der Langzeitarbeitslosigkeit droht.

**Zielsetzung und Inhalte:**

**MOVe!:**

* Feststellung, Analyse und Bearbeitung komplexer psychosozialer Problemkonstellationen mit dem Ziel, die persönlichen und sozialen Voraussetzungen für eine Integration zu schaffen (Verbesserung der Integrationswahrscheinlichkeit).
* Überwindung oder Reduzierung der Hilfebedürftigkeit durch Integration der Teilnehmenden in den allgemeinen Arbeitsmarkt (Integration und Stabilisierung der Beschäftigung).

**Durchstarten!:**

Ziel ist die Überwindung oder Reduzierung der Hilfebedürftigkeit durch Integration der Teilnehmenden in den allgemeinen Arbeitsmarkt sowie die Feststellung, Analyse und Bearbeitung komplexer psychosozialer Problemkonstellationen mit dem Ziel, eine Verfestigung zu verhindern.

Vom Auftragnehmer werden folgende Maßnahmeinhalte erwartet:

* Ganzheitliches Beratungsangebot
* Entwicklung einer Bewerbungsstrategie und Aktivierung
* Vermittlung in Arbeit und Nachbetreuung

**Rahmenbedingungen:**

**MOVe!:** Zuweisungsdauer 9 Monate

**Durchstarten!:** Zuweisungsdauer 6 Monate

**Zielgrößen:**

* **MOVe!:** Eingliederungsquote: 20 %
* **Durchstarten!:** Eingliederungsquote: 30 %

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Die Maßnahmen MOVe! und Durchstarten! wurden bisher getrennt ausgeschrieben und durchgeführt. Da die Struktur der Maßnahmen ähnlich ist und sich die Zielgruppen primär in ihrer Arbeitsmarktnähe unterscheiden, soll sich durch die gemeinsame Ausschreibung und Durchführung der beiden Maßnahmen eine bessere Zusteuerung in die geeignete Maßnahme und insbesondere im Bereich der Teilnehmerverwaltung Synergieeffekte ergeben. Da die konkrete Ausschreibung erst Mitte 2017 erfolgt, wird nochmals intensiv geprüft, ob die Maßnahmen einzeln oder getrennt ausgeschrieben werden sollen. Die vorbezeichneten Teilnehmerzahlen und der Schätzpreis würden bei einer getrennten Ausschreibung beibehalten bleiben.**Laufende Nummer: V.13**

**Maßnahmebezeichnung:** Ex-Anlaufstelle Kind & Beruf (AKIB)

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 18.06.2018 - 03.04.2019

**Laufzeit inkl. 5 Optionen:** 18.06.2018-03.04.2024

**Teilnehmerplatzzahl:** 90

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Teilnehmerplatzzahl mit Rahmenvereinbarung/**

**Aufstockung:** 108

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 0,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 3.664.404,32 EUR

**Zielgruppe:**

Zur Zielgruppe gehören (Allein-)erziehende Frauen und Männer jeden Alters mit (psycho-)sozialen Problemstellungen und die einen erhöhten Bedarf an Beratung, Betreuung und Vermittlung haben.

**Zielsetzung:**

Individuelle Unterstützung zwecks Beseitigung, Verkürzung oder Verringerung von Hilfebedürftigkeit, Erhalt und Verbesserung der Erwerbs- und Beschäftigungsfähigkeit, Entgegenwirken geschlechtsspezifischer Nachteile durch systemische Beratung

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

* Unterstützung bei der realistischen Einschätzung der aktuellen berufs- und sozialbiografischen Situation (inkl. Stärken-/Schwächenanalyse)
* Unterstützung bei der Verbesserung der Alltags- und Selbstorganisation, Work-Life-Balance.
* Erwerb von Netzwerkkompetenzen.
* Unterstützung bei der Entwicklung kommunikativer Kompetenz (insbesondere Selbstpräsentation) inkl. Bewerbungstraining und Unterstützung bei der Entwicklung einer für den Bewerbungsprozess nutzbringenden EDV-Kompetenz (Textverarbeitung).
* Unterstützung bei der Erstellung bzw. Optimierung der Bewerbungsunterlagen, Unterstützung beim Anfordern von fehlenden Unterlagen wie (Arbeits-)Zeugnissen, Bescheinigungen, Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse.
* Beratung hinsichtlich Vermittlung zu und Unterstützung bei der Wahrnehmung von Hilfsangeboten bzgl. Integrationshemmnissen

Die individuelle Zuweisungsdauer beträgt 6 Monate und kann in Einzelfällen 1 Monat vor Ablauf der individuellen Zuweisungsdauer auf insgesamt bis zu 12 Monate verlängert werden.

**Zielgrößen:**

Entfällt.

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Keine.

**Laufende Nummer: V.14**

**Maßnahmebezeichnung:** „Ex-Precasus“

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 18.06.2018-03.04.2019

**Laufzeit inkl. 5 Optionen:** 18.06.2018-03.04.2024

**Teilnehmerinnenplatzzahl:** 50

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Teilnehmerinnenplatzzahl**

**mit Rahmenvereinbarung/ Aufstockung:** 60

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 0,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 2.618.094,20 EUR

**Zielgruppe:**

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

**Zielsetzung:**

Ziel ist die Überwindung oder Reduzierung der Hilfebedürftigkeit durch Integration der Teilnehmerinnen in gesicherte Beschäftigungsverhältnisse.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

Spezielles Coaching mit flexibilisierten Angebotsmodulen.

Die individuelle Zuweisungsdauer der Teilnehmerinnen beträgt in der Regel 6 Monate.

**Zielgrößen:**

* Eingliederungsquote: 50 %

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Keine.

**Laufende Nummer: V.15**

**Maßnahmebezeichnung:** Ex-Modellprojekt Integration Alleinerziehende (MIA)

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 18.06.2018-03.04.2019

**Laufzeit inkl. 5 Optionen:** 18.06.2018-03.04.2024

**Teilnehmerinnenplatzzahl:** 50

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Teilnehmerinnenplatzzahl**

**mit Rahmenvereinbarung/ Aufstockung:** 60

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 0,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 2.913.938,84 EUR

**Zielgruppe:**

Erwerbsfähige leistungsberechtigte alleinerziehende Frauen.

**Zielsetzung:**

Die bisherigen Integrationsverläufe von (allein-)erziehenden Frauen im Jobcenter und die Ergebnisse der beschriebenen Maßnahmen deuten darauf hin, dass bislang noch nicht alle Potenziale für eine frühzeitige und angemessene Beteiligung am Arbeitsmarkt genutzt werden konnten. Zusätzliche Chancen liegen in einer früh beginnenden Beratung zum Wiedereinstieg, aber auch in einer intensiveren Begleitung von Frauen, für die mit den bisherigen Maßnahmen kein Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz gefunden werden konnte. Fallübergreifendes Ziel ist es, durch die systematische Auswertung der Fallverläufe Empfehlungen für ein insgesamt abgestimmtes Beratungs- und Maßnahmenangebot zu erarbeiten.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

In einem zentralen Angebot könnte das Fallmanagement, insbesondere für alleinerziehende Frauen, bei besonders erfahrenen Fachkräften gebündelt werden. Die Leistungen bestünden in einer intensiven niedrigschwelligen Einzelfallberatung, in der Erstellung von Integrationsplänen, ggf. mit Maßnahmenempfehlungen und der Begleitung der Umsetzung im Sinne eines Coachings. Besonderer Schwerpunkt soll das Erkennen von Ausbildungspotenzialen und die Hinführung zu entsprechenden Qualifizierungen sein. Intensive Aktivierung durch aufsuchende Arbeit. Gleichzeitig sollen die sozialen und beruflichen Rahmenbedingungen insgesamt verbessert werden.

Die individuelle Zuweisungsdauer der Teilnehmerinnen beträgt 6 Monate.

**Zielgrößen:**

* Eingliederungsquote: 40 %

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Keine.

**Laufende Nummer: V.16**

**Maßnahmebezeichnung:** Ex-Blickwechsel

**Rechtsgrundlage:** § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 10.09.2018 - 03.04.2019

**Laufzeit inkl. 5 Optionen:** 10.09.2018 - 03.04.2024

**Teilnehmerplatzzahl:** 120

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Teilnehmerplatzzahl mit Rahmenvereinbarung/**

**Aufstockung:** 144

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 0,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 8.207.739,60 EUR

**Zielgruppe:**

Zur Zielgruppe gehören erwerbsfähige Leistungsberechtigte jeden Alters und ggf. deren Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft mit komplexen

psychosozialen Vermittlungshemmnissen.

**Zielsetzung:**

Folgende Ziele sollen mit der Maßnahme verfolgt werden:

* Intensive und persönliche Beratung und Unterstützung der gesamten Bedarfsgemeinschaft.
* Analyse der Probleme und Hilfestellung zur Lösung der Probleme, die der Teilnahme an anderweitigen Maßnahmen des Jobcenters und mittel-/langfristig einer Vermittlung in Arbeit im Weg stehen.
* Integrationsfortschritte bei der gesamten Bedarfsgemeinschaft erzielen.
* Reduzierung oder Beendigung der Hilfebedürftigkeit.
* Gesellschaftliche und berufliche Teilhabe.
* Neue Erkenntnisse für die persönlichen Ansprechpartner/-innen des Jobcenters zur Erstellung einer beruflichen Integrationsstrategie.
* Zielerreichung der im Förderplan erarbeiteten Ziele, z.B. Kontaktaufnahme zu einer Fachberatungsstelle, verlässliche Wahrnehmung der Meldepflicht beim Jobcenter (ggf. mit Begleitung des Auftragnehmers), Aufnahme einer Maßnahme des Jobcenters, erste Handlungsschritte bzgl. der individuellen Berufswegeplanung, Aufnahme einer Beschäftigung.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

* Beratung / Coaching und ggf. beraterische Intervention auf der Basis von Theorien der Selbstorganisation und Theorien / Praxis Systemischer Beratung und Therapie, Netzwerktheorien und Empowermentansätzen
* Termine können aufsuchend bei den Kund/innen, beim Auftragnehmer oder auch begleitend (z.B. im Netzwerk) stattfinden.
* Kontakte dauern i. d. R. 1 - 2 h
* In der Regel wöchentliche Einzeltermine mit der/dem ELB und zweiwöchentlich Termine mit der BG im Co- Team (zwei Mitarbeiter/innen des Auftragnehmers)

Die individuelle Zuweisungsdauer beträgt 6 Monate und kann nach Bedarf um bis zu 6 Monate verlängert werden.

**Zielgrößen:**

Entfällt.

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Keine.

**Laufende Nummer: V.17**

**Maßnahmebezeichnung:** Ex-Coaching und Wirtschaftlichkeitsprüfung

**Rechtsgrundlage:** § 16c SGB II

**Laufzeit 1. Vertragszeitraum:** 06.07.2018 - 05.10.2019

**Laufzeit inkl. 4 Optionen:** 06.07.2018 - 05.10.2023

**Beratungsstunden:** 3.000

**Rahmenvereinbarung bzw. Aufstockung:** 60-120 %

**Beratungsstunden mit Rahmenvereinbarung/**

**Aufstockung:** 3.600

**Kostenschätzung 2017 ohne Aufstockung:** 0,00 EUR

**Kostenschätzung**

**gesamt inkl. Optionen und Aufstockung:** 1.768.025,18 EUR

**Zielgruppe:**

Als Zielgruppe der Maßnahme - nachfolgend vereinfachend „Selbständige“ genannt - sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Sinne des § 7 SGB II vorgesehen,

* deren hauptberufliche selbständige Tätigkeit in der Regel seit mindestens sechs Monaten besteht und deren Selbständigkeit (bisher) nicht tragfähig im Sinne einer vollständigen Überwindung der Hilfebedürftigkeit (§§ 9, 11 SGB II i. V. m. ALG-II-VO) ist und für die somit Unterstützungsbedarf besteht

oder

* die als frühere „Existenzgründer“ während der Konsolidierungs- und Wachstumsphase der aufgenommenen selbständigen Tätigkeit weiteren Unterstützungsbedarf haben.

Die Teilnehmer-/innen der Maßnahme sind hauptberuflich selbständig, d.h. die selbständige Tätigkeit umfasst mindestens 15 Std./Woche und - sofern ausgeübt - werden andere abhängige Tätigkeiten in der Summe in zeitlich geringerem Umfang ausgeübt. Ggf. beschäftigen die Selbständigen mindestens eine/n Arbeitnehmer/-in mehr als geringfügig in ihren Betrieben, so dass ihre Tätigkeiten dadurch bedingt als „hauptberuflich selbständig“ beurteilt werden.

**Zielsetzung:**

Der Auftragnehmer unterstützt das Jobcenter bei dessen Aufgabe, den Bereich Existenzgründung zu stärken und zwar durch Beratung und Coaching für Selbständige, die trotz ihrer bestehenden Erwerbstätigkeit weiterhin hilfebedürftig im Sinne des SGB II sind, mit dem Ziel der vollständigen Überwindung bzw. der Verringerung der Hilfebedürftigkeit.

Die Coaching-Leistungen sollen Transparenz über die aktuelle Situation des Teilnehmers schaffen und bei der späteren Entscheidung des Jobcenters über die weitere Unterstützung bzw. Optimierung der Selbständigkeit herangezogen werden können.

Ziel ist die Stabilisierung der Selbständigkeit und deren Ausbau zur vollständigen „Tragfähigkeit“, um die Hilfebedürftigkeit zu überwinden bzw. zumindest zu verringern. Dabei steht die Beratung und Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten an hauptberuflich selbständige erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Vordergrund.

Die „Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten" ist beschränkt auf die Kenntnisvermittlung zur allgemeinen Durchführung der Selbständigkeit (z.B. Marketing, Buchhaltung, Akquise, Projektmanagement, Rhetorik - sofern nicht Betriebszweck). Die Vermittlung von beruflichen Kenntnissen ist ausgeschlossen.

Vom Auftragnehmer wird aufgrund fundierter betriebswirtschaftlicher (und ggf. branchenspezifischer) Kenntnisse und seiner pädagogisch-beraterischen Fähigkeiten eine Einschätzung sowie eine Ergebnisdokumentation erwartet, inwieweit sich die selbständige Tätigkeit dauerhaft/perspektivisch als tragfähig erweist bzw. sich als nicht tragfähig herausstellt. Hinsichtlich der Tragfähigkeit einer Selbständigkeit gilt, dass das unternehmerische Handeln des Teilnehmers auf Gewinn ausgerichtet und prognostisch dazu geeignet ist, die Hilfebedürftigkeit innerhalb eines angemessenen Zeitraumes dauerhaft zu überwinden oder zumindest zu verringern.

**Inhalte / Rahmenbedingungen:**

* Bestandsaufnahme und -analyse
* Fortentwicklung oder Neuausrichtung des Unternehmens und der unternehmerischen Persönlichkeit

Die individuelle Zuweisungsdauer beträgt 3 Monate.

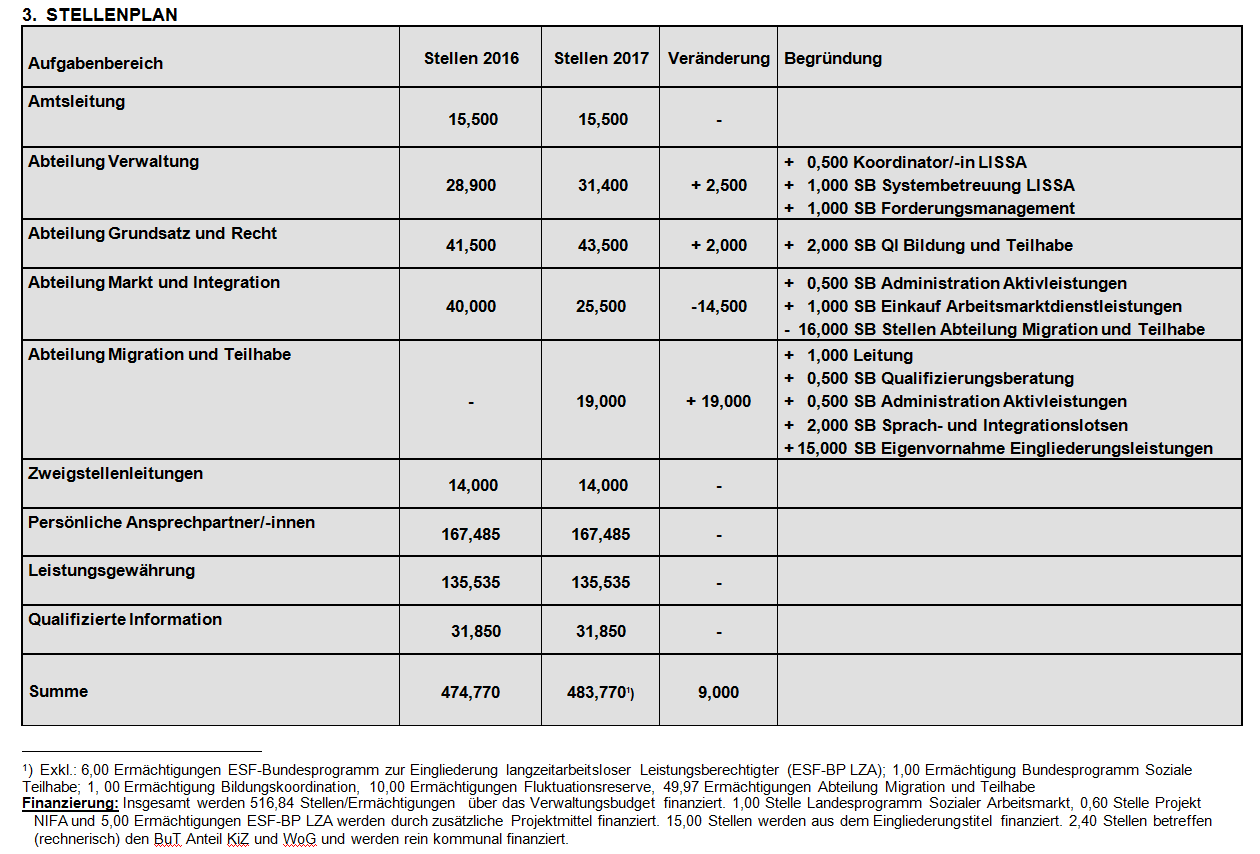
**Zielgrößen:**

Entfällt.

**Änderungen gegenüber der bisher durchgeführten Maßnahme:**

Keine.

1. **Transferleistungen**

****